ZUKUNFT

11
2008

DIE DISKUSSIONSZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, GESELLSCHAFT UND KULTUR

Die Republik, die WIR wollten
Brigitte Pelar

Inflation und ihre Bekämpfung
Rainer Bartel

Viel Geld, aber wenig für Infrastruktur
Ingrid Moritz

Die 16- und 17-Jährigen haben gewählt: aber wie?!
Barbara Rosenberg

Monat der Fotografie
BERLIN

4,50 Euro Pb.b. GZ 02Z033338 M, Verlagspostamt 1010 Wien, Nr. 11

JUNG v. MATT/Donau

SAUBERER STROM FÜR EUROPA.

Der Verbund ist nicht nur Österreichs führender Energieerzeuger, sondern auch im europäischen Markt zu einer festen Größe herangewachsen. Wer also in Europa sauberen Strom verlangt, muss nur ein einziges Wort beherrschen:

Verbund

Nähere Informationen finden Sie auf unserer Homepage www.verbund.at

Editorial

ABGEORDNETENHAUS VON BERLIN:
PARIS BERLIN>FOTOGROUP LÉON HERSCHTRITT
– NIE ZWEIMAL DERSELBE BLICK –
BERLIN 1961 LÉON HERSCHTRITT, WEIHNACHTEN BERLIN, 1961, © LÉON HERSCHTRITT

Während sich die ÖVP nun doch zur Aufnahme von Regierungsverhandlungen bereit gefunden hat und erste Gespräche stattfinden, jährt sich am **12. November** die **Ausrufung der demokratischen Republik** zum 90. Mal. **Brigitte Pellar** zeigt anlässlich dieses Jahrestages in ihrem Beitrag das durchaus zwiespältige Verhältnis der Konservativen zu dieser Republiksgründung auf und erinnert an die Bedeutung der »November-Revolution« für die österreichische ArbeiterInnenbewegung.

Die tiefgreifenden politischen und sozialen Reformen, die das Leben der Menschen in den Jahrzehnten seit der Republiksgründung nachhaltig verbessert haben rückgängig zu machen, ist das erklärte Ziel des Neoliberalismus. Auf dem Kongress »Momentum08«, der vom 25. bis 27. September in Hallstatt stattfand, hatten sich die TeilnehmerInnen zum Ziel gesetzt, einen Beitrag zur Durchbrechung der neoliberalen Hegemonie zu leisten. Es wurden Ideen und Konzepte für Verteilungsgerechtigkeit, Bildungsgerechtigkeit und soziale Gerechtigkeit diskutiert. Schwerpunkt dieser Ausgabe ist die Dokumentation von drei aus unserer Sicht besonders interessanter Beiträge, die bei diesem Kongress vorgestellt wurden. Nähere Informationen zum Kongress finden sich auf www.momentum08.org.

Rainer Bartel plädiert in seinem Beitrag für eine Diskussion über **neue Modelle staatlicher Preisregulation**, die anders als bisherige Modelle zur Inflationsbekämpfung mit den politischen Zielen der Linken ebenso kompatibel wären, wie mit der Forderung nach einer Berücksichtigung des marktwirtschaftlichen Rahmens. **Klara Zwickl** und **Matthias Schnetzer** setzen sich mit den **bestehenden Einkommensdiskriminierungen von MigrantInnen und von Frauen** am österreichischen Arbeitsmarkt, ihren Ursachen und möglichen Lösungen auseinander. **Andreas Hetzer** wiederum **kritisiert** in seinem Beitrag die seit einigen Jahren grassierende Begeisterung für **»Bio-Treibstoffe«** und analysiert das zugrunde liegende **»falsche« Naturverständnis**. Wir freuen uns jedenfalls, auch in künftigen Ausgaben der ZUKUNFT Beiträge Raum bieten zu können, die an der Entwicklung konzeptioneller Gegenmacht zum Neoliberalismus arbeiten möchten.

Ingrid Moritz greift in ihrem Beitrag das im Zuge des Wahlkampfes hochgekochte Thema Familienförderung auf und untersucht den Status Quo und gegenwärtige Schwächen der österreichischen Familienförderung.

Das erschreckend **gute Abschneiden der Rechtsparteien unter jugendlichen WählerInnen** nimmt wiederum **Barbara Rosenberg** zum Anlass, um sich anhand einer vom Renner-Institut in Auftrag gegebenen **Jugendstudie** auf die Suche nach Ursachen und Versäumnissen der Politik zu machen.

Das in diesem Jahr erschienene **»Handbuch des politischen Islam«** spricht ein heikles Thema an, das von Linken und Liberalen ebenso wie von der extremen Rechten häufig zu instrumentalisieren versucht wird und gerade auch im Zuge rassistischer Wahlkampfmobilisierungen selten fehlt. Aus aktuellem Anlass bespricht **Ferdinand Lacina**, wie dieses inhaltliche Spannungsfeld von den AutorInnen des Buches gemeistert wurde.

Das ökonomische **Schlusswort** von **Markus Marterbauer** rundet dieses Heft ab und beschäftigt sich diesmal mit den Auswirkungen der Finanzmarktkrise auf die österreichische Wirtschaftspolitik.

Der **Europäische Monat der Fotografie** ist im November angesagt – in Berlin, Bratislava, Luxemburg, Moskau, Rom, Paris und Wien. Unsere Bildstrecke begibt sich in die deutsche Hauptstadt und zeigt, was denn dort alles fotografisch geboten wird.

Wir wünschen Vergnügen beim Lesen – und beim Schauen!

LUDWIG DWORAK

Unsere Antwort: Eine effiziente Energieumwandlungskette und eine Gasturbine, die im Kraftwerk Irsching bis zu 40.000 t CO_2 einsparen wird.

Umweltfreundliche Stromversorgung bedeutet, Energie effizient zu erzeugen, zu übertragen und zuverlässig zu verteilen. Als weltweit einziges Unternehmen bieten wir Lösungen für die gesamte Energieumwandlungskette. Und wir entwickeln innovative Produkte zur Emissionsreduzierung, zum Beispiel unsere neueste Gasturbine. Im Gas- und Dampfkraftwerk Irsching wird sie bis zu 40.000 Tonnen CO_2 pro Jahr einsparen – und dabei Strom für eine Stadt mit drei Millionen Einwohnern liefern.
www.siemens.com/answers

Answers for the environment.

SIEMENS

BILDSCHÖNE BÜCHER TRAVELS AND ESCAPES UNBEKANNT / GEFUNDEN VON ANDREA STULTIENS, AUS DER SERIE »KOMM, MEIN MÄDCHEN, IN DIE BERGE / THE ALPS« © ANDREA STULTIENS

Inhalt

6 **Die Republik, die WIR wollten**
Von Brigitte Pellar

12 Monat der Fotografie BERLIN

14 **Inflation und ihre Bekämpfung**
Von Rainer Bartel

20 Monat der Fotografie BERLIN

22 **Gleicher Lohn für gleiche Arbeit**
Von Matthias Schnetzer und Klara Zwickl

28 Monat der Fotografie BERLIN

30 **Der Mensch als Problem für die Umwelt**
Von Andreas Hetzer

35 Monat der Fotografie BERLIN

36 **Viel Geld, aber wenig für Infrastruktur**
Von Ingrid Moritz

39 Monat der Fotografie BERLIN

40 **Die 16- und 17-Jährigen haben gewählt: aber wie?!**
Von Barbara Rosenberg

45 Monat der Fotografie BERLIN

46 **Zwischen Gottesstaat und Demokratie**
Von Ferdinand Lacina

48 **Buchtipps**
Sachliches und Belletristisches

50 **Steuersenkung ade?**
SCHLUSSWORT von Markus Marterbauer

IMPRESSUM Herausgeber: Gesellschaft zur Herausgabe der sozialdemokratischen Zeitschrift »Zukunft«, 1014 Wien, Löwelstraße 18. **Verlag und Anzeigenannahme:** Verlag der SPÖ GmbH, 1014 Wien, Löwelstraße 18 , Tel. 01/534 27 399, Fax DW 363, manfred.lang@spoe.at **Herausgeberbeirat:** Mag. Karl Duffek, Wien (Vorsitzender), René Cuperus, Amsterdam, Mag.ª Brigitte Ederer, Wien, Univ.-Prof. Dr. Michael Holoubek, Wien, Univ.-Prof. Dr. Thomas Meyer, Bonn, Giorgio Napolitano, Rom, Dr. Werner A. Perger, Berlin, Univ.-Doz. Dr. Wolfgang Schroeder, Frankfurt a. Main, Univ.-Prof. Dr. Ivan Szelényi, New Haven, Univ.-Prof. Dr. Georg Votruba, Leipzig, Univ.-Prof.in Dr.in Ruth Wodak, Lancester. **Chefredaktion:** Dr. Caspar Einem, Ludwig Dvorak (geschäftsführend). **Redaktion:** Mag. Georg Appl, Bernhard Bauer, Mag.ª Alexandra Pernkopf, MMag.ª Julia Raptis, Mag. Dr. Michael Rosecker, Dr.in Barbara Rosenberg, Mag. Franz Spitaler, Mag.ª Daniela Stepp, Mag. Peter Walder **Art Direction:** Gábor Békési. **Druck:** Gutenberg Druck GmbH, 2700 Wiener Neustadt. **Cover:** Galerie WAGNER + PARTNER The last Golden Frog Helena Blomqvist, Mourning Procession, 2008 © Galerie Knäpper, Stockholm

Die Republik, die WIR wollten

90 JAHRE REPUBLIK Gedanken zu einem (fast) vergessenen Gedenktag der Sozialdemokratie.

An der Wiener Ringstraße, gleich neben dem Parlament, steht das »Republikdenkmal«. Es ist ein ausschließlich sozialdemokratisches Denkmal, errichtet zum 10-jährigen Bestehen jener österreichischen Republik, die 1918 als bewusstes Kontrastprogramm zu Habsburg-Österreich nach der Niederlage der kaiserlichen Kriegsherren samt Anhang gebildet worden war.

Die Köpfe Victor Adlers, des kurz vor der Republik-Ausrufung verstorbenen Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei und designierten Außenministers, Jakob Reumanns, des ersten Bürgermeisters und Landeshauptmanns des »Roten Wien«, und Ferdinand Hanuschs, des führenden Gewerkschafters und Staatssekretärs für Soziales, symbolisieren die Ziele, die die Sozialdemokratie mit dem neuen Staat verband: Voller Ausbau der parlamentarischen Demokratie, politische und wirtschaftliche Gleichberechtigung der Arbeiterklasse, soziale Gerechtigkeit.

Ein christlichsoziales oder großdeutsches Republikdenkmal wird man dagegen vergeblich suchen. Die Regierungsparteien des Jahres 1928, die Vorläuferorganisationen von ÖVP und FPÖ, wollten diese Republik tatsächlich nicht, hatten sie angesichts der Umstände vorerst nur zähneknirschend dulden müssen.

DAS ZWIESPÄLTIGE VERHÄLTNIS

In wohl jedem anderen Land der Welt wäre der 12. November, der Tag, an dem die Republik ausgerufen wurde, d e r Staatsfeiertag. Dies umso mehr als die Verfassung der ersten demokratischen Republik 1945 auch die Basis für die Verfassung der Zweiten Republik wurde. Aber das gebrochene Verhältnis eines erheblichen Teils der politischen Eliten zum Staat von 1918 ließ eine solche Entscheidung nicht zu. Statt dessen üben wir uns am 26. Oktober, dem Symboltag für die Rückgewinnung der vollen Souveränität 1955, in Fitnessprogrammen und vermieten den Saal im Niederösterreichischen Landhaus, in dem 1918 der Grundsatzbeschluss zur Republikgründung gefasst wurde, an zahlungskräftige VeranstalterInnen; normale BürgerInnen (und schon gar lästige Schulklassen) bleiben ausgesperrt.

DAS GEDENKEN VERBLASSTE

So weit, so (nicht) gut, und wenigstens konsequent. Aber auch die Sozialdemokratie wusste mit »ihrer« Republikgründung immer weniger anzufangen. Bis in die 1970er-Jahre hinein gab es zwar noch an runden Gedenktagen Sonderbeilagen der Arbeiterzeitung und Republikfeiern der Gewerkschaftsjugend in Mauthausen, aber dann hörte auch das auf. Von den drei großen Manifestationstagen im sozialdemokratischen Kalender blieb nur der 1. Mai übrig – längst gesetzlich verankert und mittlerweile als dem heiligen Joseph, dem Arbeiter geweihter Tag auch für KatholikInnen akzeptabel.

Das Gedenken an die »Märzgefallenen« der Revolution von 1848 und die Republikfeier verblassten. Das Gedenken an 1848 wurde an die »Nationalen« verschenkt, die sich so immer wieder unwidersprochen damit brüsten können, ihre Burschenschaften seien an der Wiege der Demokratie gestanden.

Die Republikgründung 1918 interessierte dagegen niemanden mehr, außer wenn sich eine Chance bot, die Sozialdemokratie wegen ihrer Forderung nach einem Anschluss an Deutschland in die Nähe des Nationalsozialismus zu rücken. Wobei die Tatsache, dass dieses Ziel damals einen überparteilichen Konsens dargestellt hatte, schamhaft verschwiegen wurde. Dieses »Anschluss«-Trauma kann einer der Gründe sein, warum die SPÖ 1918 aus ihrem Selbst-Bewusstsein strich.

Oder war es, weil man die These von der »geteilten Schuld« an der Zerstörung der ersten demokratischen Republik so verinnerlichte, dass man selbst daran zu glauben begann? Fürchtete man vielleicht, durch das Hervorheben der Bedeutung der sozialdemokratischen ArbeiterInnenbewegung in Österreichs Demokratiegeschichte, jene zu stark zu provozieren, die hinter einer pragmatischen Fassade noch immer vom Beseitigen des »Revolutionären Schutts« träumten und träumen – und das heute die »notwendige Reform des Sozialstaats« nennen?

Die SDAP, die Sozialdemokratische Arbeiterpartei, war die treibende Kraft bei der Errichtung der Republik mit parlamentarischer Demokratie. Sie musste sich dabei gegen die alten Mächte, die den Ersten Weltkrieg angezettelt hatten, behaupten, sich andererseits aber auch mit der revolutionäre Rätebewegung auseinandersetzen.

AUF DEM WEG ZUR REPUBLIK

Die alten Mächte gaben trotz des verlorenen Krieges nicht so einfach auf. Die kaiserliche Regierung amtierte weiter, während im Niederösterreichischen Landhaus bereits die provisorische Nationalversammlung tagte, am 21. Oktober die Gründung der Republik samt einer vom Sozialdemokraten Karl Renner ausgearbeiteten provisorischen Verfassung beschloss und die provisorischen Staatsorgane einsetzte. Es handelte sich um ein politisches Konzentrationssystem, an dessen Spitze der 20-köpfige Staatsrat stand. Zum Staatsratsvorsitzenden wurde der Sozialdemokrat Karl Seitz, ab 1923 nach Jakob Reumann zweiter Bürgermeister des Roten Wien, gewählt und war damit oberster Repräsentant der werdenden Republik. Als seine Stellvertreter fungierten der Christlichsoziale Jodok Fink und der Deutschnationale Franz Dinghofer. Die Koalitionsverhandlungen zur Regierungsbildung und die Versuche, den sich an sein »Gottesgnadentum« klammernden Kaiser zum Abdanken zu bewegen, liefen parallel.

Die Regierungsbildung gelang rascher. Am 31. Oktober bestellte der Staatsrat Karl Renner als Leiter der Staatskanzlei zum Staatskanzler. Sein Kabinett bestand aus zwei sozialdemokratischen, fünf deutschnationalen und drei christlichsozialen Staatssekretären, später kamen noch Unterstaatssekretäre dazu. Die beiden Sozialdemokraten waren Victor Adler und Ferdinand Hanusch. Mit der Bestellung Victor Adlers zum Staatssekretär für Äußeres verband sich die Hoffnung, sein internationales Ansehen und sein Verhandlungsgeschick könnten dazu beitragen, mit den siegreichen Ententemächten Großbritannien, Frankreich und USA für Österreich erträgliche Friedensbedingungen zu erreichen und die Zustimmung zum Anschluss an Deutschland zu erwirken, – eine Forderung aller Gründungsparteien der Ersten Republik, weshalb der neue Staat auch »Deutsch-Österreich« heißen sollte.

DER STAAT, DEN KEINER WOLLTE?

An dieser Stelle ist es angebracht, ein paar Worte über das Tabuthema »Anschluss-Forderung« zu verlieren. Seit dem Einmarsch der Wehrmacht Hitler-Deutschlands in Österreich 1938 ist der Begriff »Anschluss« untrennbar mit der Erfahrung des nationalsozialistischen Terrorregimes und der Auslöschung der österreichischen Identität verbunden. Doch diese Erfahrung darf nicht auf die vor dieser Zeit geprägten Vorstellungswelten übertragen werden.

Natürlich gab es auch schon 1918 nationalistisch-»völkische« Anschluss-Ideologien, aber eben nicht nur. Das sozialdemokratische Anschluss-Motiv stand dazu in krassem Gegensatz. Es war demokratisch und internationalistisch. Im Verbund mit dem weit entwickelten deutschen Wirtschaftsraum und seiner großen ArbeiterInnenbewegung würden die Voraussetzungen besser sein, so hoffte man, einen revolutionären Prozess einzuleiten, der zu einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft führen könnte und auch die ArbeiterInnenbewegung in anderen Staaten mitreißen würde. Die staatliche Identität sollte dabei etwa nach dem Muster Bayerns erhalten bleiben. Das ist sehr vereinfacht dargestellt, trifft aber doch in etwa Kern dieser Utopie. Es muss außerdem in Erinnerung gerufen werden, dass Deutschland ebenso wie Österreich nach

dem Ersten Weltkrieg die Monarchie abschaffte und sich als demokratische Republik konstituierte.

ÖSTERREICH-NATIONALISMUS

Als Hitler 1933 mit Hilfe der rechts-konservativen Politik die Macht an sich riss (seine Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterparte erhielt entgegen der Legende bei demokratischen Abstimmungen nie eine Mehrheit, die ausgereicht hätte, um den Kanzler zu stellen), strich die SDAP das Anschluss-Ziel bis zur erhofften Wiedererlangung der Demokratie aus ihrem Parteiprogramm.

Der Österreich-Nationalismus, der nach 1945 auch in vielen Bereichen der SPÖ dominierte, geht auf die KommunistInnen der 1930er-Jahre zurück. Seine Wurzeln liegen in den stalinistischen Parolen jener Zeit, die (wieder sehr vereinfacht dargestellt) die Etablierung realsozialistischer Systeme nicht mehr alleine über die Mobilisierung der Arbeiterklasse, sondern in erster Linie über nationale Befreiungs- und Verteidigungsbewegungen vorsah.

Die Bezeichnung »Deutsch-Österreich« beinhaltete noch einen zweiten Anspruch: Die mehrheitlich deutschsprachigen Gebiete der zerfallenen Habsburgermonarchie sollten in der neuen Republik vereint sein. Viele der Abgeordneten in der provisorischen Nationalversammlung stammten nicht aus dem heutigen Österreich, denn das Übergangsparlament setzte sich aus den deutschsprachigen Reichsratsabgeordneten, die 1911 gewählt worden waren, zusammen.

Die Sozialdemokratie hatte im habsburgischen Böhmen und Mähren starke Wurzeln, neben vielen anderen kamen Renner und Hanusch von dort. Aber auch fünf Mitglieder der provisorischen Staatsregierung aus anderen Parteien waren Sudetendeutsche. Sie reklamierten das von US-Präsident Wilson als Basis der europäischen Nachkriegsordnung proklamierte »Selbstbestimmungsrecht der Völker« auch für ihre Herkunftsgebiete.

Die Ausrufung der Republik Deutsch-Österreich erfolgte erst am 12. November, weil Kaiser Karl erst am 11. November dazu gebraucht werden konnte, den Thron zu räumen. Aber selbst dann dankte er – im Gegensatz zum deutschen Hohenzollern-Kaiser – formell nicht ab, sondern erklärte nur den Verzicht auf seinen »Anteil an den Staatsgeschäften«. An diesem 11. November starb Victor Adler, der Einiger der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung und Gründungsvorsitzende der SDAP, Otto Bauer folgte ihm als Staatssekretär für Äußeres. Renner und er hatten die undankbare Aufgabe, die Friedensverhandlungen mit den Siegermächten zu führen, und meisterten sie mit Anstand. Mehr war nicht möglich, denn die Entente machte die Mittelmächte Österreich und Deutschland trotz des Sturzes der Monarchien für das Lostreten des Ersten Weltkriegs und seine Folgen verantwortlich.

EINZIGE POLITISCHE KRAFT

Zudem sollten Deutschland mit allen Mitteln daran gehindert werden, neue Großmachtträume zu hegen und aufzurüsten. Aus diesem Grund bestand nicht die mindeste Chance die Zuordnung der Sudetengebiete und Südtirols zu Österreich »herauszuverhandeln«, Otto Bauer trat als Staatssekretär zurück. Was die Einbindung in das Deutsche Reich und den Umfang des Staatsgebiets betrifft, war die Erste Republik, wie sie sich nach dem Friedensschluss von Saint-Germain ab Ende 1919 darstellte, also tatsächlich nicht der Staat, den die Sozialdemokratie gewollt hatte. Aber nur und ausschließlich in dieser einen Hinsicht.

Die Sozialdemokratie war und blieb die einzige politische Kraft im Land, die die Republik, wie sie sich 1918 bis 1920 unter ihrem prägenden Einfluss herausbildete, konsequent verteidigte, wie unzulänglich die Mittel auch gewesen sein mögen. Es ging da um einen Staat, in dem es keinen Kaiser mehr gab, der über dem Gesetz stand, eine Republik, in der Arme und Frauen nicht mehr vom Wahlrecht ausgeschlossen waren, eine Republik, die die abhängig Arbeitenden als gleichberechtigte BürgerInnen mit dem vollen Recht auf Vertretung ihrer

Interessen anerkannte, eine Demokratie, die Schritte zum modernen Sozialstaat setzte, als das Wort »Sozialstaat« in seiner späteren Bedeutung noch gar nicht bekannt war, eine Demokratie, die zumindest Ansätze versuchte, dem »freien Markt« die Interessen der Gesellschaft entgegenzusetzen.

REVOLUTION UND RÄTEBEWEGUNG

War der Aufbau eines solchen Staates ein revolutionärer Prozess? An dieser Frage schieden sich die Geister der ZeitgenossInnen ebenso wie späterer HistorikerInnen und SozialwissenschafterInnen. Die starke Rätebewegung, die sich nach dem Muster der russischen Oktoberrevolution ab 1917 entwickelte und an der Spitze der Proteste gegen Hunger und Krieg stand, war, das ist unbestritten, auf jeden Fall eine revolutionäre Bewegung. An sie anknüpfend entstand die Kommunistische Partei, die aber in Österreich bis zur Zerschlagung der demokratischen Republik ab 1933 nie eine mit Deutschland oder Frankreich vergleichbare Rolle spielte.

In ihren Augen war die Beteiligung der Sozialdemokratie an den Konzentrationsregierungen von 1918 bis 1920, was natürlich wie bei jeder Koalition mit dem Schließen von Kompromissen erkauft werden musste, Verrat an der möglichen sozialistischen Revolution. Die SozialdemokratInnen selbst sprachen dagegen von ihrer »österreichischen Revolution«, und wenn man unter Revolution eine tief greifende Änderung der Verhältnisse versteht, hatten sie gar nicht so Unrecht. Denn was zwischen 1918 und 1920 geschah, war mehr als bloße Kosmetik am kapitalistischen System. Das sahen auch die politischen GegnerInnen von Mitte bis Rechts durchaus ähnlich – nur mit negativem Vorzeichen: Sobald sich die Verhältnisse zu ihren Gunsten geändert hatten, sprachen sie davon, dass es an der Zeit sei, den »revolutionären Schutt« zu beseitigen.

Der politische Einfluss der Sozialdemokratie reichte in der Gründungsphase der Ersten Republik weit über ihre Mandatsstärke in der provisorischen und dann auch in der konstituierenden Nationalversammlung hinaus. Dass trotzdem »revolutionäre Baustellen« entstehen konnten (um im Bild zu bleiben), war zwei Tatsachen zu verdanken: einerseits dem im internationalen Vergleich etwas anderen Umgang der österreichischen Sozialdemokratie mit der Rätebewegung, andererseits der Angst des bürgerlichen Lagers vor den revolutionären Bewegungen im Land und jenseits der Grenzen – ein wenig sozialer Touch konnte in der Systemkonkurrenz nur von Vorteil sein.

Nachdem sich während der Protestbewegung Ende 1917/Anfang 1918 spontan die ersten Arbeiterräte gebildet hatten, initiierte der SDAP-Vorstand selbst sehr rasch einen Arbeiterrat für Wien. Mittelfristiges Ziel war es, die Rätebewegung in das demokratisch-parlamentarische System einzugliedern und so eine schon allein aufgrund der Haltung der Entente-Mächte, die überall die »weißen« rechten Konterrevolutionen beförderten, aussichtslose Revolution zu verhindern. Dies gelang in einem erstaunlich hohen Maß, weil die mit der Bewegung sympathisierende Parteilinke diesen Kurs mit trug. Vor allem die Tatsache, dass Friedrich Adler, seit seinen tödlichen Schüssen auf den Grafen Stürghkh, den kaiserlichen Ministerpräsidenten der Kriegsdiktatur und dem folgenden Prozess der große Revolutionsheld, auf der Seite der sozialdemokratischen Arbeiterräte stand, spielte eine entscheidende Rolle.

Auf der anderen Seite schaffte die SDAP den heiklen Spagat, trotz aller Auseinandersetzungen in dieser Frage auch die Freien Gewerkschaften, die in den Arbeiterräten eine gefährliche Konkurrenz für ihre Position in den Betrieben sahen, im Boot zu halten. Außerhalb des kommunistischen Bereichs verlor die Rätebewegung bald an Gewicht, aber langfristig wirkt sie bis in das dritte Jahrtausend nach.

DAS ERBE VON 1918

Eine der Auswirkungen: Das parlamentarisch-demokratische System anerkannte den Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit in der kapitalistischen Gesellschaft als gegeben und

schuf Institutionen, die den abhängig Arbeitenden Gleichberechtigung bei der Vertretung ihrer Interessen zusicherten. Direkt an die Rätebewegung anknüpfend entstand 1919 – als Weltneuheit – die gesetzlich begründete Einrichtung der Betriebsräte; als gleichberechtigtes Gegenstück zu den Handels- und Gewerbekammern (den heutigen Wirtschaftskammern) wurden die Kammern für Arbeiter und Angestellte mit demokratisch legitimierter Selbstverwaltung errichtet.

Durch die enge Vernetzung beider Einrichtungen mit den Gewerkschaften wurde eine schwächende Konkurrenzierung vermieden und im Gegenteil ein Verstärkereffekt für die Interessenvertretung erreicht. Außerdem erhielten die seit etwa 20 Jahren zwischen Gewerkschaften und Unternehmern erstmals eine eigene gesetzliche Basis.

SOZIALE GERECHTIGKEIT

Vor allem dem Projekt »Betriebsräte« leisteten viele UnternehmerInnen erbitterten Widerstand, denn sie seien nun plötzlich nicht mehr »Herren im eigenen Haus«. Obwohl die Mitbestimmungs- und Mitsprachemöglichkeiten der Betriebsräte damals deutlich geringer waren als die noch immer unzureichenden Kompetenzen, die ihnen das geltende Arbeitsverfassungsgesetz der Zweiten Republik zuerkennt, hatten diese UnternehmerInnen im Grundsatz Recht – es ging ja tatsächlich darum, die demokratieresistenten Strukturen im Bereich der Wirtschaft aufzubrechen.

Das aufgrund des Widerstands der Christlichsozialen letztlich gescheiterte Sozialisierungsprojekt ging noch einen Schritt weiter, indem es die selbst regulierende Funktion des »freien Marktes« in Frage stellte – Sozialisierungs-, nicht Verstaatlichungsprojekt: Der Unterschied ist wichtig. Betriebe aus der Erbmasse der Kriegswirtschaft, die wichtige Leistungen erbrachten, sollten unter wesentlicher Einbeziehung der Belegschaftsvertretung – durchaus kostendeckend, aber ohne das Ziel der Gewinnmaximierung – möglichst preiswerte, dem sozialen Bedarf entsprechende Produkte erzeugen.

Einige solche Betriebe wurden tatsächlich eingerichtet, viele von ihnen scheiterten, weil man ihnen nach dem Ende der SDAP-Regierungsbeteiligung gar nicht die Zeit für eine Weiterentwicklung gab. Aber es sind ebenso erfolgreiche Beispiele zu finden, – wie die Österreichischen Heilmittelwerke, die – sehr zum Vorteil der Krankenversicherung in Zeiten geringer Einkommen und hoher Arbeitslosigkeit – unter anderem ausgezeichnete Generika produzierten. Erst neueste Forschungen widerlegten die manchmal sogar in sozialdemokratischen und Gewerkschaftspublikationen übernommenen Propagandabehauptungen, die Sozialisierung sei prinzipiell und in allen Fällen ein Fehlschlag gewesen.

Die österreichische Sozialdemokratie hatte nicht einmal zwei Jahre Zeit, den Aufbau einer sozialen Demokratie voranzutreiben. Ende 1919 waren die linken revolutionären Bewegungen endgültig niedergeschlagen, Revolutionsangst und Systemkonkurrenz fielen als Druckmittel weg. 1920 sahen sich die Republikgegner trotz ihrer Wahlerfolge noch zum Stillhalten gezwungen, solange der Beschluss der Bundesverfassung noch ausständig war.

Dann aber wurden die demokratiefreundlichen Politiker der Mitte-Rechts-Parteien abgelöst und durch Hardliner ersetzt. Die Errungenschaften dieser zwei Jahre sind das Erbe, ohne das die Erfolgsgeschichte der Zweiten Republik undenkbar gewesen wäre: Eine der fortschrittlichsten demokratischen Verfassungen der Welt und ein ebenso weltweit vorbildliches soziales Netz vom Achtstundentag über den Arbeiterurlaub und die Lehrlingsentschädigung bis zur Ausweitung der Krankenversicherung auf fast alle ArbeiterInnen und Angestellten und zur Arbeitslosenversicherung.

Das Vorwort, das der Sozialstaatssekretär Ferdinand Hanusch 1920 zu Ludwig Brügels Geschichte der österreichischen Sozialpolitik schrieb, schließt mit einem Satz, der das sozialdemokratische Programm der Republikgründung von 1918 auf den Punkt bringt. Seine Gültigkeit ist nicht zeit-

gebunden: »Nur soziale Einsicht und soziale Gerechtigkeit können diesen Staat begründen und ihn zu einer Heimstätte glücklicher Menschen machen.«

BRIGITTE PELLAR
war langjährige Mitarbeiterin und Leiterin des Instituts zur Erforschung der Geschichte der Gewerkschaften und Arbeiterkammern.

Monat der Fotografie

BERLIN

Vom 1. bis zum 30. November 2008 findet zum dritten Mal der Europäische Monat der Fotografie Berlin (MdF) statt. Erstmals steht er unter einem Motto: »Noch nie gesehen« heißt die Devise, und sie hat die Entdeckerfreude und Innovationslust der teilnehmenden Institutionen beflügelt. Über 130 Galerien, Projekträume, Museen und Kulturinstitute beteiligen sich in diesem Jahr und versprechen einen dichten Reigen von Ausstellungen, Vernissagen, Veranstaltungen, Symposien und Workshops. Das konzentrierte Angebot fokussiert die Aufmerksamkeit 30 Tage lang auf das Medium Fotografie, bietet dem Publikum neue und außergewöhnliche Einblicke und der internationalen Fotoszene eine Plattform für Gespräche. Neben den zahlreichen über die ganze Stadt verteilten Ausstellungs- und Veranstaltungsorten bietet der MdF in diesem Jahr zwei zentrale Locations:

Die Berlinische Galerie in Kreuzberg

mit den Ausstellungen »Mutations II – Moving Stills«, »So weit kein Auge reicht - Berliner Panoramafotografien aus den Jahren 1949-1952« und »Hans Robertson – Die Berliner Jahre. Fotografien 1926 - 1933«.Hier wird am Samstag, den 1. November, in Anwesenheit des Regierenden Bürgermeisters der dritte MdF feierlich eröffnet und der von der Firma Alcatel-Lucent gestiftete Award of the European Month of Photography – erstmals in Berlin – vergeben.

Die Uferhallen in Berlin-Wedding

mit fünf Ausstellungen aus dem Spektrum der zeitgenössischen Fotografie. Eröffnung ist hier am Samstag, den 8. November. Ferner finden in den Uferhallen ab Sonntag, den 9. November und an den folgenden drei Wochenenden diverse Veranstaltungen, Symposien, Screenings und Konferenzen statt, die sich mit verschiedenen Aspekten und Fragestellungen der Fotografie auseinandersetzen.

CAMERA WORK ALBERT WATSON ALBERT WATSON, ALFRED HITCHCOCK WITH GOOSE, LOS ANGELES, CHRISTMAS, 1973 © ALBERT WATSON

Inflation und ihre Bekämpfung

WIRTSCHAFTSPOLITIK Rainer Bartel befasst sich mit den volkswirtschaftlich schädigenden Folgen gängiger Inflationsbekämpfungsstrategien. Gleichzeitig schlägt er ein neues, innovatives Modell zur Inflationsbegrenzung vor, das staatliche Preisregulierung mit marktwirtschaftlichen Instrumenten kombiniert.

Das soziale Übel ist nicht so sehr die Inflation, sondern ihre Bekämpfung. Das vertreten zumindest die fundamentalen KritikerInnen jenes ökonomischen Fundamentalismus, der uns seit drei Jahrzehnten als Mainstream nicht zuletzt mit seiner Ansicht von Inflationsbekämpfung belastet.

Ausgangspunkt sind die Mainstream-Vorstellungen, ein freier, flexibler Mechanismus der einzelnen Preisverhältnisse löse jedes marktwirtschaftliche Problem bestens (neoklassisches Element), und das Problem des steigenden Preisniveaus insgesamt (Inflation) entstehe allein durch überbordende Geldversorgung und müsse daher durch restriktive Geldpolitik bewältigt werden (monetaristisches Element). So etwas war unter dem Regime des Goldstandards um die Wende des 19. zum 20. Jahrhundert unter ganz anderen Bedingungen installiert und automatisiert gewesen.

Als Ronald Reagan 70 Jahre später in schauspielerischem Überschwang eine Renaissance des Goldstandards forderte, griffen sich sogar seine Berater an den Kopf. Gleichwohl konnte sich monetaristische Geldmengeneinschränkung oder Hochzinspolitik zur Inflationsbekämpfung etablieren, aber eben nach Gutdünken politisch (zumindest formell) unabhängiger Zentralbanken mit dem gesetzlichen Auftrag zur vorrangigen Inflationsbekämpfung. Was regt uns daran so auf?

SCHWERE KRISE – NIEDRIGE INFLATION

Aus Mainstream-Sicht müssen infolge restriktiver Geldpolitik die Unternehmen preislich stärker um den Euro der KonsumentInnen buhlen, was ja von allgemeinem Vorteil wäre. Das würde aber voraussetzen, dass die Gesamtwirtschaft wie ein Einzelunternehmen und ein Einzelhaushalt funktioniere. Doch die mikroökonomische Perspektive geht an der gesamtwirtschaftlichen Problematik vorbei, sagen die WidersacherInnen. Denn es wird übergangen, dass die infolge restriktiver Geldpolitik steigenden Zinsen im Wesentlichen den realwirtschaftlichen Aktivitäten schaden (keynesianischer Aspekt). Produktion, Beschäftigung und Einkommen fallen deshalb zurück. Das schmilzt die Macht der Gewerkschaften in den Lohnverhandlungen und reduziert die Lohnkostenkomponente der Preissetzung.

Man erzeugt also stillschweigend, aber bewusst, eine ökonomische und soziale Krise (definiert als hervorgerufene Schlechterstellung): Wir erkaufen uns mit höherer Arbeitslosigkeit eine geringere Inflation – und lassen die Arbeitslosen im Stich, weil wir suggerieren, sie seien selbst an ihrem Schicksal schuld. Dabei leiden sie für die Allgemeinheit: offensichtlich, aber unnötig. Sogar die Beschäftigten leiden unter der Krise.

HOHE VOLKSWIRTSCHAFTLICHE LAST

Immerhin erkennen selbst die in der Verfolgung niedriger Inflation ziemlich autonom agierenden Zentralbanken mittlerweile die hohe volkswirtschaftliche Last ihrer Inflationsbekämpfung, die sich besonders krass in der Politik der US Fed und der Deutschen Bundesbank in den frühen 1980er- bzw. 1990er-Jahren manifestierte.

Bei ihren Entscheidungen berücksichtigen die wichtigen Zentralbanken mittlerweile die realwirtschaftliche Situation mit (»Taylor-Regel«). Doch ein lauer Kompromiss kann nur laue Ergebnisse zeitigen. Wollen wir zwei untereinander kon-

DIESER UND DIE BEIDEN NÄCHSTEN ARTIKEL BERUHEN AUF BEITRÄGEN DER AUTORINNEN UND AUTOREN BEIM KONGRESS **MOMENTUM08**, DER UNTER DEM LEITTHEMA »GERECHTIGKEIT« VOM 25. BIS 27. SEPTEMBER 2008 IN HALLSTATT STATTFAND.

kurrierende Ziele zugleich erreichen (hohe Prosperität und niedrige Inflation), müssen wir dazu zwei verschiedene Instrumente einsetzen (»Tinbergen-Regel«). Doch welche sollen das vor allem auf der Seite der Inflationsbekämpfung sein?

BESSERE LÖSUNGSANSÄTZE?

Einerseits können wir davon ausgehen, dass eine Geldpolitik, welche die Versorgung einer wachsenden Wirtschaft mit entsprechender Liquidität als gesetzliche Zielvorgabe hat, die Prosperität und deren Wachstum fördert. Allerdings ist dabei durch staatliche Regulierung sicherzustellen, dass die erhöhte Liquidität nicht für finanzielle Spekulationen verwendet wird, die mit Prosperität in Form von Produktion und Güterversorgung, Beschäftigung und Einkommen nicht nur nichts zu tun hat, sondern dieser Prosperität immer wieder schadet und immer gefährlicher wird. Andererseits fragt es sich, welches Instrumentarium die restriktive Geldpolitik bei der Eindämmung der Inflation ersetzen könnte.

Fraglos die effektivste Kategorie wäre die direkte staatliche Intervention in die Preisbildung: von Preisempfehlungen über verlangsamende Preiserhöhungsprozeduren, Preissteigerungsobergrenzen, Preisstopps und Höchstpreise bis hin zur amtlichen Preisfestsetzung. Vom Mainstream sind diese Instrumente, spätestens ab der Deckelung des Preisanstiegs, als marktinkonform gebrandmarkt und zuweilen gar als »polizeistaatlich« verschrien. Denn sie würden die Flexibilität der Preisrelationen zwischen den Gütern verhindern (alle Preise kann man wohl nicht kontrollieren). So wird der gesellschaftliche Nutzen der Inflationsverringerung möglicherweise mit dem einzelwirtschaftlichen Nachteil verminderter ökonomischer Effizienz erkauft.

Der ökonomische Effizienzbegriff (auch Pareto-Effizienz genannt) ist ein typisch einzelwirtschaftlicher, d. h. betriebswirtschaftlicher Begriff. Er beachtet also die individuelle Dispositionsfreiheit und ihre segensreichen Ergebnisse zunächst einmal für das Unternehmen. Ökonomische Effizienz missachtet aber typisch gesamtwirtschaftliche, wirtschaftspolitisch relevante Belange wie Inflation, den meist unangenehmen Auftrag zu ihrer Bekämpfung und deren sozial-ökonomische Konsequenzen.

Das heißt nicht, dass die Arbeit von Vilfredo Pareto, ja dass ökonomische Effizienz an sich irrelevant wäre. Doch sie sollte nicht einseitig, nicht ausschließlich Beachtung finden, ist sie doch ein Aspekt unter mehreren gesamtwirtschaftlich wichtigen. Doch die Vielschichtigkeit der Betrachtung ist heutzutage nicht einfach zu erreichen.

Es gibt im Rahmen der Strategie des neoliberalen Mainstream sorgsam gepflegte und strikt geächtete »don'ts«, die als unsinnig und unsäglich abgestempelt werden und nicht einmal eine gesellschaftliche Kosten-Nutzen-Abwägung zugestehen. Vielmehr werden breitere, umfassendere Überlegungen als Unfug, als Schnee von gestern verschrien, sodass solche Analysen gar nicht als Agenda auf den Tisch kommen.

STABILITÄTSORIENTIERTE EINKOMMENSPOLITIK

Hingegen galt als Vorzeigeregelung weithin die stabilitätsorientierte Einkommenspolitik – die akkordierte, zurückhaltende Lohn- und Preispolitik – durch die SozialpartnerInnen, eine Politik, die vielleicht auch aus Angst vor den Wirkungen einer sonst restriktiveren Politik der Nationalbank eingeschlagen worden war. Allein, was verspräche die offizielle Wiederbelebung der SozialpartnerInnenschaft an der Preisfront für einen Erfolg? Das fragt man sich angesichts des Faktums, dass die Lohnquote (der Anteil der Lohneinkommen am Gesamteinkommen) seit bald drei Dezennien einen deutlich rückläufigen Trend aufweist – unbeschadet dessen, dass sie um verzerrende Effekte zu bereinigen ist und bereinigt wird.

Es gibt nämlich starke statistische Indizien, dass die immer ungleichere Verteilung zwischen den Einkommen aus Kapital und Arbeit (die »funktionelle Verteilung«) insgesamt auch die Verteilung zwischen ArbeitnehmerInnen- und Selbstständ-

digeneinkommen (die »personelle« Verteilung) widerspiegelt und diese fast ebenso stark aufklafft (auch wenn viele Unselbstständige schon Zinseneinkommen haben und viele Selbstständige auch angestellt sind). Dabei ist die allem Anschein nach weit ungleichere Vermögensverteilung noch nicht berücksichtigt, ohne deren genauere Kenntnis wiederum die Einkommensverteilung nicht zuverlässig erfasst werden kann (Stichwort: Steuerschonende Finanzinstitutionen) und somit die Einkommensschere systematisch unterschätzt wird. All dies wurde jüngst von Josef Zuckerstätter genau ausgeführt.

In diesem Licht sollte eine volkswirtschaftlich orientierte SozialpartnerInnenschaft eigentlich eher darauf abzielen, verlorenes Terrain bei den Lohneinkommen durch expansive Lohnpolitik wieder zu gewinnen und so die an Schiefe immer noch zunehmende Einkommenserteilung wieder mehr zu zentrieren, als im Interesse niedrigerer Inflation die Lohnquote noch niedriger zu halten.

Welche Rute kann und soll den Preis setzenden Unternehmen ins Fenster gestellt werden: Die staatliche Intervention in die Preisbildung oder eine expansivere Lohnpolitik zur Kompensation der durch die beschleunigte Inflation erhöhten realen Einbußen der Einkommen der Unselbstständigen? Oder gibt es ansonsten eine Kombination aus »Dirigismus« (Effektivität) und Flexibilität (ökonomischer Effizienz)?

AUS BEIDEN WELTEN ETWAS

Auf der Suche nach einer Alternative für konventionelle Anti-Inflationspolitiken stoßen wir auf den Mainstream-kritischen Ökonomen William Vickrey von der Columbia University, New York City. Kurz vor seinem Tod vor zwölf Jahren schlug er, ganz nebenbei erwähnt und offenbar ebenso unbeachtet geblieben, vor, die Bruttospanne (»gross margin«) staatlich einzufrieren. Das ist die Spanne zwischen dem Preis und den direkt zurechenbaren Stückkosten und bildet als solche den Spielraum zunächst für Fixkostendeckung und schließlich für Gewinnerzielung.

Das klingt sehr dirigistisch. Um aber dem Vorwurf des Hineinregierens in die Unternehmen und des dadurch möglicherweise erzielten Verlusts an ökonomischer Effizienz zu begegnen, wird dem Vorbild der theoretisch längst gestützten und in Teilbereichen realisierten Umwelt(verschmutzungs)-Zertifikate gefolgt, die unter den Unternehmen handelbar sind. In diesem Sinn können auch Erhöhungen der Bruttospanne unter den Unternehmen gehandelt werden. So sollte ein Unternehmen seine Spanne nur in dem Maß erhöhen dürfen, in dem ein anderes Unternehmen seine Spanne reduziert und diese Spannensenkung dem Unternehmen verkauft, das seine Spanne erhöhen will und bereit ist, dafür den gängigen Preis zu bezahlen. Für jeden Bedarf ergibt sich also ein Markt.

ERLAUBT HÖCHSTRATE

Administrativ und statistisch einfacher erscheint es, staatlicherseits eine bestimmte Inflationsrate (welche auch immer ausgewählt wird, die der VerbraucherInnenpreise oder dergleichen) als erlaubte Höchstrate vorzugeben (z. B. in »magischer« Höhe von zwei Prozent). Nehmen alle Unternehmen die maximal erlaubte Preissteigerungsrate in Anspruch, ergibt sich auch insgesamt eine Inflation in Höhe dieser Rate.

An der Erreichung des Inflationsziels sollte sich auch nichts ändern, wenn die staatlich für alle betroffenen Unternehmen gleichermaßen eingeräumten Preiserhöhungsrechte gehandelt werden dürfen. Dazu muss das Konzept auch den Mengenaspekt berücksichtigen, so dass ein Unternehmen, das wenig erzeugt, nicht sein Preissteigerungsrecht an ein Unternehmen verkaufen kann, das dann eine weit höhere Produktionsmenge um mehr als beispielsweise »seine« zwei Prozent steigern kann, sonst würde das Inflationsziel insgesamt verfehlt. Die Ausgestaltung der Einbeziehung dieser Mengenkomponente müsste noch ausgetüftelt werden; wir beschränken uns einstweilen auf grundlegende Überlegungen.

Freilich besteht nach diesem Konzept in der realen Welt der Anreiz für alle beteiligten Unternehmen, den erlaubten

Preissteigerungsspielraum entweder selber auszunützen oder ihn zu verkaufen, so dass ihn ein anderes Unternehmen ausnützt. Immerhin wird dadurch aber die angestrebte Inflationseindämmung auf die Zielmarke erreicht. Prinzipiell sind Preissteigerungen innerhalb eines Kalenderjahres höchstens mit der erlaubten Rate legal. Das macht der stabilitätspolitischen Effektivitätscharakter aus.

Nützt ein Unternehmen dieses ihm wie anderen zugestandene Preiserhöhungsrecht nicht (voll) aus, kann es dieses verwerten, indem das eine Unternehmen sein Recht (zum Teil) anderen Unternehmen verkauft und diesen Verkauf zertifiziert, also nachprüfbar dokumentiert. Auf dieser Basis und gestützt auf die verpflichtenden Wirtschaftsrechnungen und statistischen Meldepflichten könnte das System des Zertifikatshandels nach dem Vorbild der Umweltzertifikate eingerichtet werden. Das verkörpert die flexible, marktkonforme, ökonomisch effiziente Komponente im Konzept.

Es gilt auch noch zu klären, welche Rolle die Gewerkschaften, die Zivilgesellschaft und der Staat auf dem Zertifikatsmarkt spielen können oder müssen. Wer aller soll etwa Zertifikate kaufen können? Vieles ist noch offen und ungeklärt.

Selbst kritische linke ÖkonomInnen meinen, das Konzept wäre im detaillierten Endausbauzustand derart kompliziert, dass die Warnungen liberaler Ökonomen wie Friedrich August von Hayek vor den widrigen wirtschaftlichen Folgen eines staatlichen Interventionismus in diesem Fall ernst zu nehmen wären. Aber gilt dies im Wesentlichen nicht auch für andere, traditionelle Formen direkter staatlicher Intervention zur Inflationseindämmung? Die Debatte sei eröffnet! Die Frage ist noch nicht ausreichend fundiert und lohnt diskutiert zu werden, falls...

DARÜBER NACHDENKEN LOHNT VIELLEICHT!

Falls sich die in den vergangenen Monaten verzeichneten, für die jüngere Vergangenheit relativ starken Preisauftriebe speziell bei Nahrungsmitteln und Energieträgern fortsetzen, besteht Bedarf an wirtschaftlich und sozial verträglichen Methoden der Inflationsbekämpfung.

Es könnten sich doch die Energiewirtschaftslobbys weiterhin energiesparenden Prozessen und Produkten sowie alternativen Energiequellen erfolgreich verschließen, könnten Rohstoffe trotz des derzeitigen Lehrstücks »Börsencrash und Wirtschaftskrise« auch fortan als Spekulationsmedien missbraucht werden, könnten auch künftig die »Liberalisierungspolitiken« der Welthandelsorganisation WTO (trotz der bilateralen Handelsabkommen) die Nahrungsmittel(rohstoff)-Produktion der Agrarländer weitgehend vom Absatzmarkt in den Industriestaaten in gefinkelter Weise ausschließen, könnte die Preissetzungsmacht vieler Unternehmen trotz der vordergründigen »Wettbewerbsbelebung« durch WTO und EU auch in Hinkunft anwachsen, könnten keine wesentlichen neuen Vorkommen fossiler Energieträger gefunden werden, könnte trotz allem die Atomenergie immer weniger akzeptiert und geduldet werden, ...

NICHT REKORDVERDÄCHTIG

So mag womöglich mit dem Abfedern unerwartet hoher Inflation durch sozialpolitische Maßnahmen nicht gut das Auslangen gefunden werden und mag die Grundfrage nach wirtschaftspolitischer Effektivität und/oder ökonomischer Effizienz der Inflationsbekämpfung direkt an ihren vom Menschen gemachten Wurzeln virulent bleiben. Bis jetzt ist die Inflationsrate, rückblickend auf das vergangene halbe Jahrhundert, nicht rekordverdächtig. Aber weisen längerfristige Überlegungen nicht in eine bedenklichere Richtung, und rufen sie nicht nach effektiver Inflationsbekämpfung? Man kann offenbar nur mutmaßen.

Auf der einen Seite kann insgesamt von einem »dicken Sicherheitspolster« in Form hoher Gewinnspannen ausgegangen werden, wohl aber nicht in jedem Einzelfall, sodass die ökono-

mische Effizienzfrage zumindest für erlösschwache Unternehmen weiter im Raum steht. Auf der anderen Seite spricht die Entwicklung der Reallöhne und der Lohnquote Bände über die Verteilungssituation, sodass offensichtlich weit überwiegend mit guten Recht gefordert werden kann, die Niedrighaltung der Inflation vorab einmal in den Verantwortungsbereich der Unternehmen und ihrer Preispolitik zu verweisen und dort – trotz künftig vielleicht wieder auf- und nachholender Lohnpolitik – wirksam zu verankern (quasi: »Es reicht!«).

AUGENMASS IST NÖTIG, ABER SCHWIERIG

Inflation ist nicht gleich Inflation, was ihre mannigfaltigen Ursachen betrifft. Folglich ist es wirtschaftspolitisch effizient, je nach Verursachungen der Inflation eine oder mehrere Antiinflationsmethoden spezifisch einzusetzen, was wohl, zugegeben, die schwierigste Entscheidung daran sein dürfte. Jedenfalls sollten das die jedenfalls alternativen Lösungen, keinesfalls die traditionellen restriktiven Maßnahmen sein. Die Zertifikats(handels)-Lösung muss auch nicht unbedingt dabei sein; zur Hintanhaltung konjunkturell erhöhter Inflation bietet sie sich aber wahrscheinlich am ehesten an.

Denn die ungewöhnlich starke Nachfrage verleitet zur Erhöhung der Gewinnspanne auf Grund der erhöhten Marktmacht (auf der »kürzeren Seite« des Marktes). Marktmachterhöhung kann freilich auch angebotsseitige, strukturelle Ursachen haben (Kartellierung, Oligopolisierung, Produktdifferenzierung, Füllen des Machtvakuums nach einer Liberalisierung). Das mag ebenfalls die Zertifikats(handels)-Lösung angezeigt erscheinen lassen.

Preistreibender Nachfragesog auf Rohstoffmärkten, der spekulationsbedingt ist, verlangt dort konsequent nach Instrumenten, die auf diese Ursache abzielen (Tobin-artige Transaktionssteuern, Vermögensspekulationsverbote, hohe Gewinnbesteuerung). Treibt die langfristig zunehmende Nachfrage nach natürlichen Ressourcen deren Preise, etwa im Aufholprozess der Armen, sollten vor allem bei den Reichen die Preissignale öko-steuerlich verstärkt werden, um Anpassungsprozesse noch stärker anzuregen. Gleichwohl können Steuern auf sich verknappende und verteuernde Ressourcen vorübergehend zur Entlastung der VerbraucherInnen gesenkt werden, nämlich bis mittelfristig geeignete andere Maßnahmen getroffen werden können. Begleitend sind aus sozialen Aspekten jedenfalls transferpolitische Abfederungsmaßnahmen vorzusehen. Das hebt den Ressourcensparanreiz nicht auf, wenn die sozialen Transfers pauschal und somit unabhängig vom Ressourcenverbrauch vergeben werden. Ein Sozialtransfer als Pauschalbetrag wirkt übrigens verteilungspolitisch progressiv, begünstigt also die Ärmeren mehr als die Reicheren.

Sollen soziale Aspekte möglichst kontinuierlich angepasst verfolgt werden, können die Steuergrenzen zwischen den Progressionsstufen ebenso wie die betragsmäßig definierten Transferbeträge indexiert und somit laufend kurzfristig zwecks Werterhaltung angepasst werden. Ebenso kommt dem öffentlichen (Allein)-Eigentum in Bereichen der Daseinsvorsorge eine wichtige Rolle bei der Preisgestaltung zu, wobei jeder sozial motivierte Schritt den Interessen privater MiteigentümerInnen zuwider läuft und dadurch erschwert werden dürfte. Doch das ist nichts Neues, nur es wird gern darauf vergessen.

WIRD JAHRE DAUERN

Entscheidend ist es, restriktiv auf die reale Wirtschaft und Beschäftigung wirkende Maßnahmen der Inflationsbekämpfung unbedingt zu vermeiden – noch dazu wo unter dem Eindruck der Finanzkrise bereits gefordert wird, die Geldpolitik wieder viel restriktiver zu gestalten, und zwar so restriktiv, dass sie die Asset Price Inflation, also das blasenartige Anschwellen der Aktienkurse in schwindelnde Höhen, die mit dem realwirtschaftlichen Wert der Firma längst nichts mehr zu tun haben, verhindert. Dies wird verlangt, statt die Spekulation und Finanzinnovation effektiven Regulierungen zu unterwerfen.

Die Gefahr unzweckmäßiger, ja volkswirtschaftlich schädlicher Anti-Inflationsmaßnahmen ist selbst angesichts des Übergriffs

der Finanzkrise auf die Realwirtschaft nicht gebannt, gibt man doch etwa die expansiven Geldpolitik durch den vormaligen US-Fed-Präsidenten Alan Greenspan die Schuld an der Finanzkrise, statt der unkontrollierten Spekulation vor allem im Derivatbereich. »(...) für den Übergang von dem ›Nicht-mehr-Funktionieren‹ eines alten Systems und der Schaffung eines neuen gilt: Gewohnte Weltanschauungen müssen abgelegt, kognitive Dissonanzen ertragen und konkretes Denken muss wieder gelernt werden. Das wird Jahre dauern«, diagnostiziert Stephan Schulmeister (derStandard.at, 22. 9. 2008). ■

RAINER BARTEL

ist a. Univ.-Prof. für Volkswirtschaftslehre an der Johannes Kepler Universität Linz. Er ist als Referent des oberösterreichischen Landesrats Hermann Kepplinger für wirtschaftswissenschaftliche Grundlagen zuständig und Mitautor des 2006 im ÖGB-Verlag erschienenen Buches »Besser als Neoliberalismus: Solidarische Wirtschaftspolitik«.

Monat der Fotografie
BERLIN

JÜDISCHES MUSEUM BERLIN RUTH JACOBI. FOTOGRAFIEN RUTH JACOBI, PUPPEN, 1929,
© JÜDISCHES MUSEUM BERLIN

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit?

ARBEITSPOLITIK Matthias Schnetzer und Klara Zwickl zeigen die institutionell und gesellschaftlich verankerten Einkommensdiskriminierungen von MigrantInnen und Frauen in Österreich und entwickeln mögliche Ansatzpunkte für deren Überwindung.

Die letzten Jahrzehnte waren in Österreich von zahlreichen, massiven Umverteilungsprozessen geprägt, die sich ganz besonders negativ auf Frauen und MigrantInnen auswirkten. Trotz der Einführung einiger Gleichstellungs- und Antidiskriminierungsgesetze kann keine Schließung der geschlechtsspezifischen und migrantischen Lohnschere im Laufe der letzten Jahrzehnte beobachtet werden. In diesem Beitrag sollen anhand von sechs Thesen die Problematik und Lösungsansätze diskutiert werden.

1. Einkommensunterschiede zwischen MigrantInnen und ÖsterreicherInnen sind kein Randthema

Der ökonomische Nachkriegsboom meinte es gut mit Österreich. Zwischen 1960 und 1970 lag das jährliche reale Wirtschaftswachstum bei 4,7 Prozent, die Arbeitslosenquote sank ab 1960 unter die Zwei-Prozent-Marke und der öffentliche Haushalt konnte überwiegend Budgetüberschüsse verzeichnen. Basierend auf der starken wirtschaftlichen Entwicklung und den schwachen Geburtenraten der 1950er entstand in den 60er-Jahren eine zunehmende Nachfrage nach Arbeitskräften, die nicht mehr allein vom heimischen Arbeitsmarkt befriedigt werden konnte. Die junge Zweite Republik brauchte Nachschub an Arbeitskräften.

Durch Anwerbezentren im Ausland wurde versucht, den Zuzug von Arbeitskräften anzukurbeln. Zwischen 1961 und 1968 zogen pro Jahr durchschnittlich 6.393 Personen mehr nach Österreich als abwanderten, zwischen 1969 und 1973 vervierfachte sich der Wert fast auf 23.498 Personen pro Jahr. Das schlug sich natürlich auch in den Erwerbsquoten nieder. Seit 1971 weisen sowohl männliche als auch weibliche MigrantInnen deutlich höhere Erwerbsquoten als ÖsterreicherInnen auf.

War die allgemeine Erwerbsquote (Anteil der Erwerbstätigen an der gesamten Bevölkerung) der Einheimischen im Jahr 1961 mit 48 Prozent noch höher als jene der MigrantInnen (46 Prozent), änderte sich das mit der ersten großen Arbeitsmigrationswelle deutlich. 1971 erreichte die Erwerbsquote der MigrantInnen ihr Allzeithoch von 65 Prozent. Den deutlichen Rückgang der Erwerbsquote von ÖsterreicherInnen auf 41 Prozent im selben Zeitraum konnte durch den Babyboom der frühen 1960er und den Übergang der geburtenstarken Jahrgänge der Jahrhundertwende in das Pensionsalter erklärt werden. Der Anwerbestopp, Familiengründungen und der Zuzug von Angehörigen vergrößerten den Anteil der nichterwerbstätigen Gruppe von MigrantInnen zwischen den Berichtszeiträumen 1971 und 1981 auf 57 Prozent, wobei seither die Quoten relativ stabil blieben.

EU-OSTERWEITERUNG

Eine neue Etappe stellte sicherlich die EU-Osterweiterung von 2004 dar, die in Österreich von politischen Parteien und Interessensvertretungen sehr kontrovers anhand der Migrationsdebatte diskutiert wurde. Die österreichische Volkswirtschaft konnte von allen EU-Staaten am stärksten vom Fallen der Handelsbarrieren profitieren. So wuchs der Handelsbilanzüberschuss mit den neuen Mitgliedsstaaten jährlich um 33 Prozent und lag 2007 bei 4,1 Mrd. Euro. Die befürchtete Überflutung des Arbeitsmarktes fand aber nicht statt. Lag 2003 der Wanderungssaldo, also die Differenz zwischen Zu- und Abwanderungen, mit den neuen EU-10 bei +3.040 und stieg

nach der Öffnung der Grenzen auf +8.416 an, so sank er bis 2007 wieder auf +5.647.

Die Statistik Austria errechnet für das Jahr 2007, dass 1,353 Millionen ÖsterreicherInnen bzw. 16 Prozent der österreichischen Bevölkerung einen Migrationshintergrund besitzen. Hierzu zählen all jene, die im Ausland bzw. im Inland ohne österreichische Staatsbürgerschaft geboren wurden. Die Frage nach Einkommensungleichheiten zwischen der einheimischen und der migrantischen Bevölkerung und die Ursachen dafür, ist somit kein Randthema, sondern betrifft einen beträchtlichen Teil der Gesellschaft.

2. Es macht einen Unterschied, woher die MigrantInnen kommen

ÖsterreicherInnen verdienen nach einem EU-Datensatz über Einkommen und Lebensstandard (EU-SILC 2005) im Durchschnitt einen Bruttostundenlohn von 15 Euro. MigrantInnen aus den neuen EU-10 und Drittstaaten (vor allem Ex-Jugoslawien und Türkei) verdienen nur elf Euro je Arbeitsstunde. Somit wird mit den EU-SILC-Daten ein durchschnittlicher Lohnunterschied von knapp 27 Prozent errechnet. Bei Männern beträgt die Differenz der mittleren Löhne 28 Prozent und bei Frauen 26 Prozent. Zudem zeigen Berechnungen, dass rund die Hälfte dieses Lohnunterschiedes zwischen MigrantInnen aus den EU-10 sowie Drittstaaten und ÖsterreicherInnen nicht aus ihrer Qualifikation erklärt werden kann, sondern auf Einkommensdiskriminierung am Arbeitsmarkt basiert.

AN BEIDEN ENDEN

Laut den EU-SILC-Daten beziehen Personen aus den EU-15 beträchtlich höhere Gehälter als ÖsterreicherInnen. Das Lohndifferential beträgt 35 Prozent. Wenn der Mittelwert der EU-15 als Referenzlohn herangezogen würde, beträgt der Lohnunterschied zu den MigrantInnen der EU-10 und der Drittländer rund 46 Prozent. Die Männer der EU-15-Gruppe sind mit einem mittleren Stundenlohn von 23 Euro die Topverdiener, besitzen zumeist einen Studienabschluss und sind in größeren Firmen mit über 50 Beschäftigten hauptsächlich im Dienstleistungssektor tätig. Somit stehen die MigrantInnen an beiden Enden der Einkommensskala, EU-15-BürgerInnen ganz oben, MigrantInnen aus den EU-10 und Drittstaaten ganz unten.

KEINE GLEICHEN CHANCEN

Die Tatsache, dass die verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen derart große Unterschiede in ihren durchschnittlichen Löhnen aufweisen, legt die Vermutung nahe, dass unser Gesellschaftsmodell weit davon entfernt ist, gleiche Chancen für alle Menschen zu bieten. Worin sind diese Einkommensunterschiede begründet?

3. Segregation im Bildungswesen und in der Arbeitswelt tragen zum Einkommensdifferential entscheidend bei

Das Lohndifferential zwischen MigrantInnen und ÖsterreicherInnen besitzt eine stabile Grundlage in der Segregation im Bildungswesen und am Arbeitsmarkt. ZuwanderInnen besitzen häufiger keinen Pflichtschulabschluss (5,1 Prozent aus dem ehem. Jugoslawien, 5,9 Prozent aus der Türkei und 0,6 Prozent der ÖsterreicherInnen), dafür aber häufiger einen Hochschulabschluss (5,5 Prozent aller in Österreich wohnhaften AusländerInnen über 15 Jahren gegenüber 4,2 Prozent der ÖsterreicherInnen). Somit sind MigrantInnen an beiden Polen des Bildungswesens zu finden: TürkInnen und JugoslawInnen sind oft in den untersten Bildungsschichten angesiedelt, ZuwanderInnen aus der EU in der Regel in den obersten.

Eine Studie zur Bildungsbeteiligung der türkischen zweiten Generation in Belgien, Deutschland, Frankreich, Holland, der Schweiz und Österreich wurde 2006 von Maurice Crul und Hans Vermeulen durchgeführt. Demnach haben Kinder mit Migrationshintergrund in Frankreich und Belgien bis zu drei Jahre früher Kontakt mit Bildungseinrichtungen als in

Deutschland, der Schweiz und Österreich. Die AutorInnen der Studie heben hervor, dass migrantische Kinder in Belgien oder Frankreich durch die frühe Einschulung bis zu drei Jahre länger Kontakt zu ihren LehrerInnen erfahren.

Neunjährige Kinder haben in den Niederlanden eine Gesamtzahl von 1.019 Stunden Kontakt zu ihren LehrerInnen, was auf die Woche heruntergebrochen knapp zehn Stunden mehr als in Deutschland oder Österreich ist. Türkische Kinder verbringen laut der Studie in Österreich weniger Zeit in Bildungseinrichtungen, haben weniger Unterricht, dafür aber mehr Hausübungen, bei denen ihnen womöglich im Haushalt niemand helfen kann. Dazu kommt, dass in Österreich das Alter bei der Entscheidung der weiteren Ausbildung bei zehn Jahren liegt, in Belgien beispielsweise erst mit 14 Jahren.

EINKOMMENSSCHERE

Die Realisierung einer Gesamtschule als chancengleicher, hochwertiger Ausbildungszweig aus einer Kombination von Schul- und Lehrausbildung wäre zumindest auf institutioneller Ebene ein Fortschritt zum heutigen Schulsystem, das die Ungleichheit in der Gesellschaft verankert. Damit verbunden wäre die Aufhebung der Trennung zwischen Gymnasien und Hauptschule bzw. Lehre und die damit einhergehende Zukunftsentscheidung im jungen Alter von zehn Jahren sein.

Denn die Eigenheiten des österreichischen Schulsystems schaffen auch die Grundlage für die Segregation am Arbeitsmarkt. Es ist zu bemerken, dass MigrantInnen überproportional in Niedriglohnbranchen vertreten sind, wobei der Ausbildungsweg eine beträchtliche Rolle spielt. 1999 waren zwei Drittel aller Arbeitskräfte mit Migrationshintergrund auf sechs Branchen konzentriert: Bauwirtschaft, Tourismus, Handel einschließlich Reparaturwesen, unternehmensorientierte Dienstleistungen, Erzeugung und Verarbeitung von Metallen sowie Verkehr und Nachrichtenübermittlung. Diese Konzentration auf Niedriglohnbranchen erklärt einen Großteil der Einkommensschere zwischen MigrantInnen und ÖsterreicherInnen.

4. Geschlechtsspezifische Lohnschere seit 30 Jahren fast unverändert hat – aber mit anderen Ursachen

Im Jahr 1980 verdienten Frauen durchschnittlich 65 Prozent der Männereinkommen, heute sind es 67 (ohne Berücksichtigung der unterschiedlichen Erwerbsarbeitszeit). Eine Verringerung der geschlechtsspezifischen Lohnschere um nur zwei Prozentpunkte legt auf ersten Blick nahe, dass es in Sachen Gleichstellung von Frauen am Arbeitsmarkt zu einem Stillstand gekommen ist. Die letzten 30 Jahre waren jedoch auch von einem Wandel geprägt: Die Ursachen der Lohnschere veränderten sich wesentlich. Erklärte das niedrigere Bildungsniveau von Frauen Anfang der 70er-Jahren noch einen großen Teil der Einkommensunterschiede, zeigt sich ab Ende der 70er-Jahre durch das Aufholen der Frauen im Bildungssystem ein gewisser Wandel.

TEILZEITARBEIT

Zugleich gewinnt die steigende weibliche Teilzeitquote zur Erklärung der Lohnschere an Bedeutung. Während ein Großteil aller erwerbstätigen Männer seit den 70er-Jahren unverändert Vollzeitbeschäftigungsverhältnissen nachgeht, arbeiten Frauen zunehmend Teilzeit und in prekären Beschäftigungsverhältnissen. Anfang der 90er-Jahre erklärten die unterschiedlich geleisteten Erwerbsarbeitsstunden zwischen Männern und Frauen bereits acht Prozent der Einkommensunterschiede. Heute wird Teilzeitarbeit als wichtigste Determinante der Lohnschere erachtet und erklärt fast die Hälfte der Einkommensunterschiede. Zu den unmittelbaren negativen Einkommenseffekten, die aus Teilzeitarbeit resultieren, kommt eine Reihe von indirekten Benachteiligungen hinzu, die aufgrund der schlechteren Verhandlungsposition von Teilzeitbeschäftigten entstehen.

In Befragungen antworten viele Teilzeitbeschäftigte beispielsweise, dass sie einen schlechteren Zugang zum betriebsinternen Informationsfluss und zu betrieblichen Weiterbildungsmaßnahmen haben, dass sie von schlechteren Aufstiegschancen

betroffen sind und geringere Chancen als Vollzeitbeschäftigte haben, Lohnerhöhungen durchzusetzen. Außerdem haben viele Teilzeitbeschäftigte Jobs, die ihrem Qualifikationsniveau nicht entsprechen und sie unterfordern. Darüber hinaus geben viele weiblichen Teilzeitbeschäftigten an, dass für sie aufgrund familiärer Verpflichtungen keine Vollzeitbeschäftigung möglich wäre. Vor diesem Hintergrund erscheint es verwunderlich, warum die Europäische Kommission in ihren Studien stets die Freiwilligkeit von Teilzeitarbeit betont.

Neben der zunehmenden weiblichen Teilzeitarbeit, erklärt die Spaltung des Arbeitsmarkts in gut bezahlte Männerjobs und schlecht bezahlte Frauenjobs ebenfalls einen großen Teil der Einkommensunterschiede. Einkommensunterschiede zwischen den Wirtschaftsbranchen sind in Österreich generell sehr hoch. In männlich dominierten Branchen, wie z.B. »Kredit- und Versicherungswesen« sind die Bruttostundenverdienste mit über 16 Euro am höchsten. In typischen Frauenbranchen, wie z.B. »Beherbergungs- und Gaststättenwesen« liegen die Stundenverdienste hingegen nur bei zehn Euro. Im öffentlichen Sektor sind die Einkommensunterschiede deutlich niedriger als in der Privatwirtschaft. Arbeitszeitbereinigt verdienen Frauen im öffentlichen Sektor aufgrund ihrer höheren Ausbildung sogar mehr als Männer.

DISKRIMINIERUNG GEHT WEITER

Schließlich bleibt ein wesentlicher Teil der Lohnschere (seit den 70er-Jahren relativ unverändert) unerklärt und kann nur durch Diskriminierung aufgrund des Geschlechts interpretiert werden. Die anhaltend hohe Diskriminierung erscheint vor allem vor dem Hintergrund zahlreicher beschlossener Antidiskriminierungs- und Gleichbehandlungsmaßnahmen in den letzen drei Jahrzehnten verwunderlich.

Die eigentlichen Verliererinnen der letzten 15 Jahre sind Frauen im unteren Einkommensbereich. Einerseits sind Frauen in unteren Einkommensgruppen stärker von (unfreiwilliger) Teilzeitarbeit betroffen, andererseits mussten sie vor allem in der Periode 1995 bis 2000 erhebliche Reallohnverluste hinnehmen. Während das Arbeitskräfteangebot in dieser Zeitperiode ausgeweitet wurde, stagnierte die Arbeitskräftenachfrage und verschlechterte die Verhandlungsposition, vor allem von weiblichen Niedrigeinkommensbezieherinnen.

5. Österreich liegt wegen ungleicher Arbeitszeitverteilung und branchenspezifischen Einkommensunterschieden EU-weit zurück

Die geschlechtsspezifische Lohnschere in Österreich (mit und ohne Berücksichtigung von Teilzeitbeschäftigten) liegt sowohl über dem EU-15- als auch über dem EU-27-Durchschnitt. Die arbeitszeitbereinigten Einkommensunterschiede betragen in Österreich 26 Prozent, in Großbritannien sind sie mit 30 Prozent am höchsten, in Slowenien mit elf Prozent am niedrigsten in der EU-27. Während die geringen Einkommensunterschiede in Slowenien durch eine hohe Frauenerwerbsquote, verhältnismäßig gute Ausbildung und geringe Teilzeitarbeit zustande kommen, werden die hohen Einkommensunterschiede in Großbritannien hauptsächlich durch Segregation erklärt. Da branchenspezifische Einkommensunterschiede und in Folge dessen negative Einkommenseffekte aufgrund geschlechtsspezifischer Segregation auch in Österreich deutlich stärker ausgeprägt als in den meisten Ländern der EU sind, kann das schlechte Abschneiden Österreichs im europäischen Vergleich einerseits durch die hohen branchenspezifischen Einkommensunterschiede und durch Segregation erklärt werden.

UNGLEICHER VERTEILT

Andererseits ist auch die Erwerbsarbeitszeit zwischen Frauen und Männern in Österreich viel ungleicher verteilt als in anderen Ländern. Während Frauen im Jahr 2007 im Durchschnitt 33 Stunden pro Woche einem Erwerbsarbeitsverhältnis nachgingen, arbeiteten Männer durchschnittlich 42 Stunden. Zwar liegt die österreichische Teilzeitquote nicht wesentlich über der Teilzeitquote in anderen Ländern, die durchschnitt-

liche Wochenarbeitszeit der Teilzeitbeschäftigten ist mit 20 Stunden in Österreich jedoch vergleichsweise gering, jene der Vollzeitbeschäftigten mit 44 Stunden sehr hoch.

6. Maßnahmen, die eine Angleichung der (Erwerbs)arbeitszeit zwischen Männer und Frauen unterstützen und Maßnahmen, die das Aufbrechen traditioneller Geschlechterrollen und Stereotype in Schule, Familie und Arbeitswelt fördern sind notwendig, um die geschlechtsspezifische Lohnschere zu schließen

Da die unterschiedlich geleisteten Erwerbsarbeitsstunden einen großen Teil der geschlechtsspezifischen Lohnschere erklären, sollten Maßnahmen zur Reduktion geschlechtsspezifischer Einkommensunterschiede zuerst bei der Arbeitszeit ansetzen. Dabei darf jedoch nicht alleine die Ebene der Erwerbsarbeit betrachtet werden. Wird neben der Erwerbsarbeit auch Hausarbeit und Kinderbetreuungszeit zur Arbeitszeit dazugerechnet, arbeiten Frauen im Schnitt zehn Stunden pro Woche länger als Männer.

WESENTLICHE VERBESSERUNG

Die Förderung »qualifizierter Teilzeitarbeit« wird oft als Lösungsvorschlag diskutiert. »Qualifizierte Teilzeitstellen« sollten demnach vor allem im öffentlichen Sektor geschaffen werden und Einkommens- und Arbeitsplatzsicherheit, Zugang zu betrieblicher Aus- und Weiterbildung, gleiche Aufstiegschancen und Rückkehrmöglichkeiten zu Vollzeitstellen ermöglichen. Zwar würde »qualifizierte Teilzeitarbeit« für viele Frauen eine wesentliche Verbesserung des Status Quo darstellen, allerdings wird sie nicht ausreichen, um die Erwerbsarbeitszeit zwischen den Geschlechtern anzugleichen und eine auf traditionelle Rollenbilder basierende Arbeitsteilung zu überwinden.

Solange die durchschnittliche Wochenarbeitszeit von Männern steigt, werden sowohl Erwerbsarbeitszeit, als auch Hausarbeitszeit zwischen den Geschlechtern ungleich verteilt bleiben. Wirksamer als der Ausbau qualifizierter Teilzeitstellen wäre deshalb eine gesetzliche Arbeitszeitverkürzung der Normalarbeitszeit und eine Einschränkung der Überstunden. Eine gesetzliche Arbeitszeitverkürzung hätte den Vorteil, dass Männer durch die kürzere Arbeitswoche mehr Zeit für Haushalt und Kinder zur Verfügung hätten.

KINDERBETREUNGSPLÄTZE

Die Maßnahme der Arbeitszeitverkürzung sollte mit dem Ausbau öffentlicher Kinderbetreuungseinrichtungen einhergehen, damit es beiden Geschlechtern möglich ist, einem Vollzeitbeschäftigungsverhältnis nachzugehen. In Österreich fehlen Kindergartenplätze für Kinder aller Altersstufen. Im Rahmen der Kindertagesheimstatistik 2005 wurde ermittelt, dass 155.000 teilzeitbeschäftigte Frauen gerne Vollzeit arbeiten würden, gäbe es passende Kinderbetreuungseinrichtungen. Vor allem Betreuungsplätze für Kleinkinder sind in Österreich knapp.

Deshalb verwundert es kaum, dass Österreich bei der Betreuung von Kindern bis zu drei Jahren mit einer Betreuungsquote von nur zwölf Prozent unter den EU Schlusslichtern liegt, während in Dänemark 68 Prozent aller Kleinkinder und in Schweden 74 Prozent betreut werden. Auch die Qualität der Betreuungsplätze insgesamt ist in Österreich nicht besonders gut: Nur 42 Prozent aller Betreuungsplätze ermöglichen durch ganztägige Öffnungszeiten und Angebot an Mittagessen eine Vollzeitbeschäftigung. Ein Ausbau der Kinderbetreuungsplätze ist deshalb wesentlich zur Reduktion der unterschiedlich geleisteten (Erwerbs)arbeitszeit zwischen den Geschlechtern und damit verbundenen Einkommensunterschieden.

Neben Maßnahmen zur Angleichung der Arbeitszeit, braucht es ein neues Bewusstsein in der Gesellschaft, geschlechtsspezifische Sozialisation zu hinterfragen, traditionelle Geschlechterrollen aufzubrechen und Diskriminierung von Frauen in allen Lebensbereichen aufzuzeigen. Ein geschlechtersensibles Bildungssystem, in dem SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen gleichermaßen dazu motiviert werden, Rollenbilder zu dekonstruieren kombiniert mit Maßnahmen, die

Ungleichbehandlungen am Arbeitsplatz entgegenwirken, würde einen ersten Schritt in die richtige Richtung darstellen.

7. Conclusio

Anhand der Thesen ist zu belegen, dass die Einkommensdiskriminierung von MigrantInnen und Frauen fest in unserer Gesellschaft verwurzelt ist. Sexismus und Rassismus sind sowohl auf institutioneller Ebene, wie im Bildungs- oder im Arbeitsbereich, als auch im Bewusstsein breiter Teile der Bevölkerung tief verankert. Zugleich aber profitieren gewisse gesellschaftliche Gruppen vom Status Quo. Naheliegender Weise haben UnternehmerInnen kein Interesse daran, weiblich und migrantisch dominierten Niedriglohnbranchen, prekäre Beschäftigungsverhältnisse und die Einkommensdiskriminierung von MigrantInnen und Frauen zu reduzieren, weil sie sonst höhere Löhne zahlen müssten. Sowohl bei Einkommensunterschieden zwischen MigrantInnen und ÖsterreicherInnen als auch bei den Unterschieden zwischen Männern und Frauen handelt es sich um Verteilungskonflikte und es hängt von den politischen Kräfteverhältnissen ab, wer sich im Verteilungskampf durchsetzen kann.

EIN DORN IM AUGE

Die Einführung einer Gesamtschule, eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, die Abschaffung prekärer Beschäftigungsverhältnisse, ein starker Ausbau öffentlicher Kinderbetreuungsplätze und ein fortschrittliches Bewusstsein in der Gesellschaft über Sozialisation und Diskriminierung würde dazu führen, dass Frauen und MigrantInnen mit einem Schlag so weit selbständig würden, dass es kein Zurück mehr zu alten Geschlechterrollen und Rassismen mehr gäbe.

Da das Aufbrechen der traditionellen Geschlechterverhältnisse und eine Beseitigung des Rassismus den meisten österreichischen Parlamentsparteien jedoch ein Dorn im Auge zu sein scheint und deshalb keine parlamentarische Mehrheit finden wird, muss der Druck zur Verwirklichung all dieser Forderungen von der Frauen- und ArbeiterInnenbewegung erkämpft werden. ■

MATTHIAS SCHNETZER
studiert Volkswirtschaft und Soziologie an der Universität Wien.
KLARA ZWICKL
studiert Volkswirtschaft an der Wirtschaftsuniversität Wien und Internationale Entwicklung an der Universität Wien

STIFTUNG STADTMUSEUM – EPHRAIM PALAIS GISÈLE FREUND. WIEDERSEHEN MIT BERLIN 1957-62 GISÈLE FREUND, OST-BERLIN. EINE LEHRERINNEN-BRIGADE SAMMELT STEINE ZERSTÖRTER HÄUSER, 1957, © STIFTUNG STADTMUSEUM BERLIN

Der Mensch als Problem für die Umwelt

UMWELTPOLITIK Andreas Hetzer kritisiert am Beispiel der Agro-Treibstoffe und der globalen Energiekrise ein falsches Naturverständnis. Die drohende Klimakatastrophe sei nicht durch Projekte wie die Förderung industriell erzeugter Agro-Treibstoffe, sondern nur durch eine kapitalismuskritische Auseinandersetzung mit dem gestörten Mensch-Natur-Verhältnis zu bewältigen.

Selbst eine ganze Gesellschaft, eine Nation, ja alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen, sind nicht Eigentümer der Erde. Sie sind nur ihre Besitzer, ihre Nutznießer, und haben sie als boni patres familias (gute Familienväter) den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen. Mit dieser Aussage könnte Karl Marx wohl als Vordenker des en vogue gekommenen Nachhaltigkeitsbegriffs gehandelt werden, der in allen Spektren der politischen Bühne eine entscheidende Rolle im Diskurs über die menschlich verursachten Klimafolgen spielt.

Freilich war die Stoßrichtung eines Karl Marx eine grundlegend andere, weil er in seinen späten ökonomiekritischen Schriften die Überwindung einer destruktiven Gesellschaftsformation zum Thema machte, in dem die Ausbeutung der Natur und des Menschen durch den Menschen den handelnden Individuen als Naturgesetzmäßigkeit erscheint.

Die Einrichtung einer vernünftigen Gesellschaft kann nach Marx nur erreicht werden, indem »alle Verhältnisse umzuwerfen (sind), in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist«. Spätestens durch den Marx'schen Imperativ wird klar, dass systemimmanente Reformen an ihre Grenzen stoßen müssen. Die momentan verhandelte Umweltkrise veranschaulicht nicht nur das Destruktionspotential der kapitalistischen Wirtschaftsweise, sondern illustriert gleichzeitig die Irrationalität einer »selektiven Bearbeitung ökologischer Probleme« (Görg). Nur durch eine radikale Kritik am instrumentellen Naturverständnis, das im Folgenden anhand der Einführung sogenannter Biokraftstoffe gezeigt werden soll, wird der Weg frei zu einer Kritik der existierenden Bewusstseinsformen.

AGRO-TREIBSTOFFE ALS PATENTREZEPT

Agro-Treibstoffe – der Begriff wird hier an Stelle von Biokraftstoffen verwendet, weil sowohl die Anbaumethoden als auch der gesamte Produktionsprozess unter momentanen Produktionsbedingungen und -verhältnissen nichts mit biologischer und ökologisch nachhaltiger Landwirtschaft zu tun haben – sind in den letzten Jahren als eine Art Patentrezept zur Bekämpfung des Klimawandels gehuldigt worden. Die Statistiken der letzten Jahre für Treibstoffe aus pflanzlichen Rohstoffen lassen einen bemerkenswerten Anstieg erkennen.

Die weltweite Ethanol-Produktion konnte zwischen 2000 und 2005 mehr als verdoppelt werden und die Herstellung von Biodiesel im globalen Maßstab wurde sogar vervierfacht. Diese Expansion wurde unter anderem von den politischen Rahmenbedingungen getragen, die von der EU und den USA zum Thema Agrotreibstoffe auf den Weg gebracht wurden. Im März 2007 legten die Staats- und Regierungschefs der EU eine verbindliche Beimischungsquote von Agrotreibstoffen zum Normalbenzin von 5,75 Prozent bis 2010 fest, die bis 2020 auf zehn Prozent gesteigert werden soll. Die USA hat bis 2017 sogar die ehrgeizige Zielmarke von 15 Prozent ausgegeben. Die steigenden Energiekosten und der dynamische Markt für Rohölpreise tragen ihren Teil dazu bei, dass das landwirtschaftliche Segment der Energiegewinnung die wohl stärksten Zuwachsraten der letzten Jahre aufweist.

Die Nachfrage nach Agrotreibstoffen wird besonders von den power houses der Weltwirtschaft angeheizt, die ein Interesse an der Diversifizierung von Energieträgern haben, um ihre Position auf dem Weltmarkt auch in Zukunft zu sichern. Darüber hinaus wird der Pflanzensprit als saubere Alternative

gepriesen, die den Ausstoß schädlicher Klimagase beträchtlich verringere und zur Erfüllung der Ziele des Kyoto-Protokolls beitrage. Agrotreibstoffe sind also längst kein Projekt einer neuen Ökologiebewegung, sondern ein industriepolitisches Programm einer politischen und ökonomischen Elite in den Industrie- und aufsteigenden Schwellenländern.

DIE ÖKOLOGISCHEN UND SOZIALEN SCHÄDEN

Seriöse Studien zur Untersuchung von Energiebilanzen sowie ökologischen Langzeitfolgen zeigen, dass die angebliche Alternative Agrotreibstoffe unter momentanen Produktionsbedingungen keinen Beitrag zur Verringerung des Schadstoffausstoßes oder zur Reduktion von Treibhausgasen leistet. Der großflächige, monokulturelle Anbau wird in der Regel von einem transnational agierenden Komplex aus Chemie-, Automobil-, Gentech- und Ölkonzernen beherrscht. Längst wird die vollkommene Verwertung natürlicher Ressourcen durch Allianzen transnationaler Konzerne dominiert, die an der energetischen Ressourcenverschwendung und den Treibhausgasemissionen wesentlichen Anteil haben.

Der Löwenanteil des Energieaufwandes bei der Herstellung des Agrosprits konzentriert sich auf die Phasen der landwirtschaftlichen Biomasseerzeugung und der Umwandlung der Pflanzenbestandteile. Die maschinelle Bearbeitung des Bodens erfolgt unter intensivem Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln, zu deren Bereitstellung selbst wieder Energie aufgewendet werden muss.

Die Prozessenergie zur Konversion der landwirtschaftlichen Rohstoffe schwankt je nach Pflanzenart, Treibstoffoption (z.B. Ethanol, Gas oder Diesel) und Produktionsmethode. Tatsache ist, dass auch hier ein enormer Energieaufwand vonnöten ist. Selbst der OECD-Direktor für Handel und Landwirtschaft Stefan Tangermann geht davon aus, dass »unterm Strich in Europa oft rund 80 Prozent der gewonnenen Bioenergie vorher in Form fossiler Energie investiert werden«. Diese noch recht positive Kalkulation verkehrt sich schließlich in eine negative Bilanz, sobald Wechselwirkungsprozesse zwischen der gesellschaftlichen Form der Aneignung von Natur und den natürlichen Produktionsbedingungen in die Betrachtung einbezogen werden. Es ist davon auszugehen, dass die enorme Steigerung der Produktivität in der Landwirtschaft mittels chemischer und technischer Intensivierung die Bodenqualität mindert und langfristig niedrigere Erträge verursacht, die dann wiederum nur durch einen noch intensiveren Chemikalieneinsatz gesteigert werden können.

GLOBALE PREISSCHWANKUNGEN

Es ist darüber hinaus problematisch, dass die verschiedenen Bereitstellungsoptionen für Agrosprit zwar einerseits an klimatische Bedingungen gebunden sind, andererseits aber stets der Rohstoff bevorzugt wird, der die höchsten Profite verspricht. Bei den globalen Preisschwankungen auf dem Rohstoffmarkt besteht die Gefahr eines Verdrängungswettbewerbs zwischen verschiedenen Pflanzenkulturen, so dass Mischkulturen eher die Ausnahme als die Regel sein werden. Die starke Nachfrage nach Energiepflanzen, die ja teilweise auch als Nahrungsmittel dienen, führt zu einer Verknappung wertvoller Güter und treibt die Weltmarktpreise sowohl für die Agrotreibstoffe als auch die Nahrungsmittel in die Höhe.

Beide Optionen stehen im Wettbewerb um dieselben landwirtschaftlichen Ressourcen, so dass ein extensiver Energiehunger der Industrieländer zur Gefährdung der Ernährungssicherheit der Menschen in den Anbauländern führen kann. Am Beispiel von Brasilien hat sich gezeigt, dass die Preise für Zucker als auch für Ethanol stark miteinander gekoppelt sind. Und während der Tortillakrise in Mexiko wurde ersichtlich, dass sich die Weltmarktpreise für Mais unmittelbar auf die Märkte in Mexiko niederschlugen. Die Entwicklungs- und Schwellenländer sind von steigenden Lebensmittelpreisen besonders betroffen, weil die ärmere Bevölkerung einen Großteil ihrer Haushaltsausgaben für Nahrung ausgibt, so dass die Agrotreibstoffproduktion, die als Preistreiber primär auf die Energieversorgung der Industrieländer abzielt, die prekä-

re Ernährungssituation der armen Weltbevölkerung zusätzlich verschärft.

Es leuchtet unmittelbar ein, dass dem Nachfragedruck in diesem Agrarsegment auf Dauer nur durch eine Expansion an Nutzflächen begegnet werden kann. Bei steigenden Preisen nimmt der Flächendruck zu, so dass die Urbarmachung vormals funktionierender und für das Weltklima enorm bedeutender Ökosysteme stetig voranschreitet. Da die Beimischungsquoten der EU und der USA nicht allein mit dem existierenden Flächenpotenzial der Industrieländer eingehalten werden können, kommen die Länder des Südens ins Spiel. Sie verfügen über beträchtliche Nutzflächen und können Agrotreibstoffe insgesamt billiger produzieren.

Als Anreiz werden stabile Exporteinnahmen und der Transfer moderner Technologien garantiert, so dass ein Quantensprung zu Hochtechnologieländern möglich sei. Gleichzeitig entständen zahlreiche Arbeitsplätze, die ein Anheben des Lebensstandards mit sich brächten.

Die Umnutzung des Bodens und die Abholzung von Regenwäldern gehören aber zur gängigen Praxis in Ländern wie Kolumbien, Indonesien, Malaysia, Argentinien oder Brasilien, so dass allein dadurch mehr Klimagase durch die Agrotreibstoffproduktion ausgestoßen als eingespart werden. Regenwälder zählen durch ihre hohe Feuchtigkeit und ihre Jahrtausende alte Humus- oder Torfschicht zu den wichtigsten Kohlenstoffspeichern der Erde. Indem der Boden entwässert und durch Brände ausgetrocknet wird, werden derart große Mengen an Kohlenstoffdioxid freigesetzt, dass es Jahrzehnte brauchen würde, um diese freigesetzten Gase durch Agrosprit – vorausgesetzt er würde ökologisch nachhaltig produziert – zu amortisieren.

VERSTÄRKTE AUSBEUTUNG DES SÜDENS

Die Anreize für Entwicklungs- und Schwellenländer orientieren sich weiterhin am modernisierungstheoretischen Paradigma und erinnern stark an Ricardos Theorie der komparativen Kostenvorteile. Es kommt zu einer Externalisierung der ökologischen Gefährdungspotenziale auf die Länder des Südens. Während einerseits von globalen Folgen gesprochen wird, wird der Ausstoß klimaschädlicher Gase nach territorialen Ländergrenzen bilanziert und über den Emissionshandel gar der Marktlogik zugeführt. Klassische Dependenzverhältnisse und die Abhängigkeit der Exportländer von einigen wenigen landwirtschaftlichen Produkten werden verfestigt, anstatt die eigene Ernährung sicherzustellen.

POSTKOLONIALES MOMENT

Dieses postkoloniale Moment der Klimadebatte gewinnt zusätzlich an Schärfe, weil die Festlegung fixer Zielmargen für den CO2-Ausstoß ein hegemoniales Projekt der Industrieländer ist und globale Machtdispositionen verstetigt. Obwohl in erster Linie der globale Süden die sozialen und ökonomischen Konsequenzen der Klimafolgen zu spüren bekommt, wurde er an der Problemdefinition und -bearbeitung kaum beteiligt. Unter Ausblendung des Verursacher-Betroffenen-Prinzips wird implizit festgelegt, dass wir es mit einem kollektiven Weltproblem zu tun hätten und das globale Ressourcenmanagement von oben nach unten im Rahmen internationaler politischer Organisationen zu regulieren sei.

Es wird als selbstverständlich vorausgesetzt, dass die gesellschaftlichen Naturverhältnisse nach Maßgabe der Industrieländer einzurichten seien. Die Machtverhältnisse werden verschleiert, die bestimmte Akteure dazu befähigen, ihre Interessen und Interaktionsformen mit der Umwelt zu verallgemeinern und für andere Akteure zur Handlungsmaxime zu machen. Folglich ist die Meinung zahlreicher Autoren nicht zu teilen, die von einer Verschiebung der Abhängigkeiten auf internationaler Ebene ausgehen. Die überwiegende Zahl der Entwicklungsländer lässt sich bisher auf die Herrschaftsmechanismen ein und verweigert die Thematisierung globaler Verteilungskonflikte und der Selbstregulierung ihrer Naturverhältnisse.

KEINE ROMANTISIERUNG

Ziel der Argumentation kann es jedoch nicht sein, als Alternative einen agricolen Urkommunismus heraufzubeschwören und einer Romantisierung kleinbäuerlicher Landwirtschaft anzuhängen. Stattdessen bleibt die Frage zu beantworten, wie ein angemessener Umgang mit der Natur nach vernünftigen Maßstäben einzurichten ist, der den größtmöglichen Lebensstandard für alle auf dem Stand momentaner Produktivität gestattet.

Der Vollzug einer emanzipatorischen Praxis kann nur bedeuten, sich dem reformistischen Denken und Handeln des hegemonial historischen Blocks zu entziehen und an einer radikalen Kapitalismuskritik festzuhalten, die die Klimakatastrophe unmittelbar auf ein gestörtes Mensch-Natur-Verhältnis bezieht. Das Naturverständnis am Beispiel von Agrotreibstoffen ist von einem zweckrationalen Denken geprägt, dass der Naturzerstörung durch eine potenzierte Nutzbarmachung von Natur zu begegnen versucht. Die voranschreitende Kommodifizierung von Natur zeigt sich in einer expansiven Ausweitung der Anlagemöglichkeiten des Kapitals, das sich in historischen Schüben immer neue Wertschöpfungsquellen einzuverleiben versucht.

Während der Mensch als Humankapital immer neuen Verwertungsstufen zugeführt wird, ist in den letzten Jahren die Behandlung von Natur als Biokapital vermehrt in den Fokus getreten. Die Ausbeutung der Natur missachtet die Notwendigkeit geschlossener Stoffkreisläufe als Grundlage der menschlichen Reproduktion. Stattdessen ist ein unausgeglichener Stoffaustausch zu konstatieren, der der Natur Ressourcen entnimmt und ihr im Gegenzug Residuen und Schadstoffe wieder zuführt.

In den Berechnungen der Treibhausgasemissionen wird nicht etwa diese Logik der Produktions- und Konsumtionsweise in Frage gestellt, sondern eine ökologische Modernisierung des Kapitalismus angestrebt, weil es nach den herrschenden Bewusstseinsformen kein außerhalb der Kapitalverwertung geben kann. Ein technokratischer und wissenschaftlich abgesicherter Wachstumsfetischismus verstärkt das Vertrauen in die Beherrschbarkeit von Natur, die als kalkulierbar und steuerbar dem Subjekt als äußerlich gegenüber gestellt wird. Die Dichotomie von Mensch und Natur spiegelt sich in der Wissenschaft derart wieder, dass die Sozialwissenschaften in ihrem Soziozentrismus den Begriff der Natur aufgegeben und zudem den Naturwissenschaften überantwortet haben.

Die Entsubstanzialisierung des Naturbegriffs vermag kein einheitliches Verständnis mehr zu akzeptieren und zerlegt die Natur in einzelne Bestandteile, die von dem Menschen als Naturgesetze erkannt und gemäß zu beeinflussender Variablen kontrolliert werden.

DOPPELTE KONSTRUKTION

Die Herrschaft des Menschen über die Natur leugnet den »korrespondierenden Zusammenhang zwischen Mensch und Natur«, den Marx mit den Begriffen des Stoffwechsels und der Arbeit als überhistorische Konstante der Naturaneignung gekennzeichnet hat. Zwar tritt der Mensch »dem Naturstoff selbst als eine Naturmacht gegenüber« (Marx), bleibt ihr aber insofern verhaftet, wie er in ihr seine Reproduktionsgrundlage findet. Indem der Mensch auf die Natur einwirkt und sie produktiv bearbeitet, verändert er nach Marx zugleich sein eigenes Wesen und damit sein gesellschaftliches Verhältnis zur Natur. Entscheidend ist aber nun, dass es in diesem Sinne immer einer doppelten Konstruktion von Natur bedarf, nämlich einerseits tätig-materiell und andererseits sprachlich-symbolisch.

Es ist also absurd, von einem irgendwie gearteten Zurück zur Natur zu sprechen, da dieses ursprünglich Ontologische zwar existiert, aber Aussagen darüber immer schon gesellschaftlich geformt sind. Das Verständnis von Natur ist somit abhängig von der konkreten historischen Praxis des Menschen und damit veränderlich, was zahlreiche Autoren dazu

veranlasst hat, von einer Notwendigkeit der »Politisierung der Natur« zu sprechen und die Herstellung der Naturverhältnisse einer demokratischen Willensbildung zu unterwerfen.

Was Natur ist, kann jeweils nur bestimmt werden, wenn der Naturbegriff in die Gesellschaftstheorie integriert wird und sowohl Gesellschaft als auch Natur in ihrer Bestimmung in ein dialektisches Verhältnis gesetzt werden. Demnach wäre die Differenz des Menschen zur Natur bei gleichzeitiger Abhängigkeit von ihr zusammen zu denken. Kritik an den Konsequenzen der Agrotreibstoffproduktion kommt somit nicht ohne eine Kritik an der gesellschaftlichen Form der Naturaneignung aus.

RADIKALE KRITIK IST NOTWENDIG

Wie wir gesehen haben, hat aber gerade die existierende gesellschaftliche Praxis mit einer vernünftig angelegten Gesellschaft nichts gemein. Ein Produktionsmodell, »welches in toto Mensch und Natur den Wertverhältnissen der Kapitalakkumulation unterwirft und damit unter das Kommando des sich selbst verwertenden Werts als systemnotwendigem Erfordernis subsumiert« (Wolfgang Methe), tritt dem Menschen als ein sich verselbständigender Prozess entgegen, der von ihm nicht mehr durchschaut wird. Dieses Naturverhältnis befreit zwar den Menschen von den Zwängen der Natur, leugnet aber zugleich seine eigene Vermitteltheit als natürliches Wesen.

Die Entzauberung der Natur unter kapitalistischen Bedingungen wird mit »einer quasi-natürlichen, durch Arbeit konstituierten Herrschaftsstruktur, einer Art »zweiten Natur« (Moishe Postone) erkauft. Bei der Aneignung von Natur wird das bloße Naturmaterial durch menschliche Arbeit umgeformt und erhält dadurch einen Wert, den Gebrauchswert. Während also in der »Naturalform« noch ein materielles Substrat von Natur vorhanden bleibt, wird nach Marx in der »Wertform« vollkommen von den natürlichen Qualitäten der Produkte abstrahiert. Die Waren nehmen bekanntlich ein Eigenleben an und verdinglichen nicht nur die Beziehungen der Menschen, sondern verschleiern den Ursprung ihrer materiellen Substanz. Der »stumpfe Zwang der Verhältnisse« der Warenvergesellschaftung, die dem Menschen als unabänderlich und naturgegeben erscheint, konstituiert die Herrschaft über die Natur, weil das Verhältnis zu ihr nicht nach der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse, sondern nach dem Selbstzweck der Verwertung des Werts eingerichtet ist. Eine wirkliche Emanzipation des Menschen von der Natur kann aber nur mit einer Emanzipation des Menschen von den verselbständigten gesellschaftlichen Reproduktionsprozessen einher gehen.

Indem diese Zusammenhänge durchschaut werden, eröffnen sie die Möglichkeit, die existierende und destruktive Gesellschaftsformation radikal zu kritisieren. Der Entwurf eines alternativen Projektes lässt sich nur aus der Negation momentaner Verhältnisse und des Dialogs mit fortschrittlichen Kräften aus Nord und Süd gewinnen. Insofern ist der Hinweis des »Forums Widerstand gegen das Agrobusiness« aus Argentinien ernst zu nehmen: »Die Zentralität der Energiekrise für den Kapitalakkumulationsprozess – mit der fortschreitenden Erschöpfung der Ölreserven – vermag eine weltweite Debatte über andere Produktionsweisen des Lebens im Rahmen eines radikal anderen Projekts in Gang zu setzen.«

Diese Debatte erfordert mehr als ein Abwarten einer scheinbar objektivierbaren Krise des Kapitalismus, die ihre Grenzen an der Unfähigkeit der Erhaltung des Gebrauchswertes der Natur findet. Notwendig ist die Mobilisierung kritischer Subjekte, die in ihrer Reflexivität über die existierenden Herrschaftsverhältnisse die bewusste Einrichtung einer vernünftigen Gesellschaft auf den Weg bringen. ■

ANDREAS HETZER
ist Lecturer im Fach Politikwissenschaften der Universität Siegen und arbeitet seit 2004 ehrenamtlich bei der Informationsstelle Lateinamerika.

Monat der Fotografie
BERLIN

UFERHALLEN PETER NEUSSER: STRATA OF POWER PETER NEUSSER, MULTIPLES, MÜNCHEN, 911/1, 2008,
© PETER NEUSSER, COURTESY GALERIE J.J. HECKENHAUER, BERLIN

Viel Geld, aber wenig für Infrastruktur!

FAMILIENFÖRDERUNG Im Nationalratswahlkampf 2008 stand die Förderung von Familien einmal mehr im Mittelpunkt. Doch die bisher eingesetzten Mittel tragen viel zu wenig zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei. Eine Bestandsaufnahme von Ingrid Moritz.

Mit mehr als drei Prozent des BIP zählt Österreich im internationalen Vergleich zu den Ländern mit besonders hohen Investitionen in Familien. Wird die Struktur der Familienförderung allerdings analysiert, so ist eine klare Prioritätensetzung auf Bargeldleistungen für Familien erkennbar. Bei den Investitionen in die Infrastruktur für außerhäusliche Kinderbetreuung zählt Österreich trotz insgesamt sehr hoher Ausgaben für Familien zu den Schlusslichtern. Spitzenreiter bei den öffentlichen Investitionen in Kinderbetreuung sind Island, Dänemark, Schweden, Frankreich und Norwegen, während Österreich unter dem OECD-Schnitt von 0,7 Prozent des BIP liegt.[1]

Insgesamt wird für die Kinderbetreuungseinrichtungen in Österreich (einschließlich der Nachmittagsbetreuung für Schulkinder) nur 1,1 Mrd. Euro durch Bund, Länder und Gemeinden gemeinsam ausgegeben. Zum Vergleich: Für das Kinderbetreuungsgeld wird ebenfalls 1,1 Mrd. Euro jährlich aufgewendet. Die Kosten der kürzlich beschlossenen 13. Familienbeihilfe werden auf jährlich 250 Mio. Euro, also ein Viertel der Ausgaben für die Kinderbetreuung, geschätzt.[2]

ERWERBSCHANCEN WESENTLICH BESSER

So sind auch in Ländern mit einer gut ausgebauten Kinderbetreuungsinfrastruktur die Erwerbschancen von Müttern wesentlich besser. Die besonders hohe Teilzeitrate von Frauen in Österreich von 42 Prozent ist auch im Zusammenhang mit der Kinderbetreuungssituation zu sehen. Im Vergleich dazu liegt die Teilzeitrate von Frauen in der EU-27 bei 31 Prozent[3]. Auch die Nichterwerbstätigenquote wegen familiärer Verpflichtungen liegt in Österreich mit 12,8 Prozent-Punkten über der EU-27 von 10,2 Prozent. In Schweden (2,1 Prozent), Dänemark (2,3 Prozent), Frankreich (4,9 Prozent) und Finnland 6,2 Prozent sind Frauen vergleichsweise selten aufgrund familiärer Verpflichtungen in einer arbeitsmarktfernen Position.[4]

Kinderbetreuung fällt in Österreich in die Länderkompetenz, was zur Folge hat, dass die Infrastruktur nach Bundesländern, aber auch nach Städten und ländlichen Regionen sehr unterschiedlich ist. Nicht nur die Versorgungsdichte von Kinderkrippen, Kindergärten und Horten ist vom Wohnort abhängig, gleiches trifft auch auf die Öffnungszeiten, Ferienschließzeiten und die Bereitstellung von Mittagessen zu. Lediglich 14 Prozent der Kinder unter 3 Jahren und 22 Prozent der 6- bis 9-jährigen Schulkinder sind in einer Einrichtung oder durch Tageseltern betreut. Besser ist die Betreuungssituation bei den 3- bis 6-Jährigen mit 87 Prozent, allerdings sind hier die Öffnungszeiten besonders erwerbsunfreundlich.[5]

Die Arbeiterkammer hat einen Indikator entwickelt, mit dem erwerbsfreundliche Kinderbetreuung abgebildet wird. Damit der Vereinbarkeitsindikator für Familienfreundlichkeit (VIF) erfüllt ist, muss die Kinderbetreuungseinrichtung in der Woche zumindest 45 Stunden geöffnet sein, Mittagessen anbieten und die Schließtage für Ferienzeiten auf maximal 25 Tage beschränken. Während bei der Kleinkindbetreuung die Mehrzahl der Einrichtungen den VIF-Indikator erfüllt (63 Prozent), sind es bei den 3- bis 6-jährigen Kindern lediglich 16 Prozent. Nur in Wien sind auch die Kinderkrippen überwiegend erwerbsfreundlich ausgestaltet (73 Prozent).

Untersuchungsergebnisse von Synthesis im Auftrag des AMS zeigen, dass die Beschäftigungseinkommen von Frauen mit und ohne Kinder massiv variieren. Ein Vergleich von Frauen mit österreichischer Staatsbürgerschaft im Alter von 25 bis

1) OECD 2007, Babies and Bosses: Reconciling Work and Family Life

2) APA, vom 25.09.2008

3) Bericht der Europäischen Kommission zur Gleichstellung von Frauen und Männer - 2008

4) Eurostat Pressemitteilung 169/2007 vom 6.12.2007

5) Kindertagesheimstatistik, Statistik Austria 2007/08

6) Gregoritsch P., Prammer-Waldhör M., Wagner-Pinter M., Erwerbsaktive Mütter, in: AMS Info 75, November 2005

7) L&R Sozialforschung, Evaluierung der Einführung des Kinderbetreuungsgeldes im Auftrag der AK Wien, Oktober 2006

8) Anfragebeantwortung (4328/AB XXIII. GP) des BM für Gesundheit, Familie und Jugend auf die parlamentarische Anfrage Nr. 4306/J der Abgeordneten Sonja Ablinger und GenossInnen

39 Jahren, die ganzjährig vollzeitbeschäftigt waren, ergab, dass Frauen ohne Betreuungspflichten im Median ein Bruttojahreseinkommen von 24.069 Euro erzielen konnten, während ganzjährig vollzeitbeschäftigte Frauen mit Betreuungspflichten lediglich 15.246 Euro brutto im Jahresschnitt erreichten.[6] Eine Erklärung für diese Einkommensunterschiede könnte sein, dass die Entscheidungsspielräume für Mütter am Arbeitsmarkt deutlich geringer sind. Sie sind offenbar gezwungen, sich mit geringer entlohnten Jobs zufrieden zu geben, weil sie auf familienfreundliche Arbeitszeiten und eine gute Erreichbarkeit des Arbeitsplatzes angewiesen sind.

KOSTEN FÜR KINDERBETREUUNG

Für die Frage, ob sich die Erwerbsbeteiligung von Müttern ökonomisch rentiert, sind neben den Einkommensperspektiven am Arbeitsmarkt auch die Kosten für Kinderbetreuung relevant. Hohe Elternbeiträge – bis zu 250 Euro monatlich pro Kind sind durchaus üblich – stellen eine Barriere für Frauenerwerbstätigkeit dar. Auch eine soziale Staffelung der Kinderbetreuungskosten in Abhängigkeit vom Familieneinkommen bewirkt negative Erwerbsanreize für Frauen. Denn jeder zusätzlich verdiente Euro erhöht die Bemessungsgrundlage für die Kinderbetreuungskosten und damit den Elternbeitrag. Neben dem Angebot und der Qualität von Kinderbetreuung ist es daher auch notwendig, die Kosten für Kinderbetreuung und die Auswirkungen auf die Frauenbeschäftigung zu thematisieren.

Wenige Leistungen sind von einem dermaßen starken Zick-Zack-Kurs betroffen wie die Geldleistung während der Elternkarenz, denn damit werden auch die Dauer der Berufsunterbrechung und der Wiedereinsteig von Frauen reguliert. Mit der Ablösung des Karenzgeldes durch das Kinderbetreuungsgeld 2002 wurde auch die Dauer der Geldleistung um ein Jahr verlängert, nämlich von 1,5 auf 2,5 Jahre. Dies hat sich auch auf die Arbeitsmarktpräsenz von Frauen ausgewirkt: Nach dem Bezug von Karenzgeld waren 42 Prozent der Frauen im zweiten Jahr nach der Geburt wieder beschäftigt, beim Kinderbetreuungsgeld waren es nur mehr 19 Prozent. Selbst nach Auslaufen der Geldleistung hatte sich der Wiedereinstieg verringert. 39 Monate nach der Geburt waren jene, die Karenzgeld bezogen, zu 60 Prozent wieder beschäftigt, nach dem Bezug von Kinderbetreuungsgeld waren es nur mehr 51 Prozent.[7]

Nach heftigen Auseinandersetzungen über die Auswirkungen des Kinderbetreuungsgeldes wurden Anfang 2008 Wahlmöglichkeiten im Bereich der Bezugsdauer und –höhe eingeführt. So kann nunmehr zwischen drei Varianten entschieden werden: 436 Euro monatliches Kinderbetreuungsgeld bis zum 30. Lebensmonat (bzw. 36. Lebensmonat des Kindes bei Teilung zwischen den Partner), 624 Euro monatlich bis zum 20. bzw. 24. Lebensmonat oder 800 Euro monatlich zum 15. bzw. 18. Lebensmonat des Kindes. Erste Analysen zeigen, dass die beiden Kurzvarianten von einem Drittel der Eltern genützt werden. Wie sehr die kürzeren Bezugsmodelle gewählt werden, dürfte auch vom Angebot der Kleinkindbetreuung abhängig sein. So ist vor allem in Wien, wo auch am meisten Plätze für Kleinkinder vorhanden sind, die Inanspruchnahme der Kurzvarianten durch 45 Prozent der Eltern deutlich über dem Bundesschnitt.[8]

REALE WAHLFREIHEIT

Damit wird auch deutlich, dass familienpolitische Maßnahmen nicht isoliert betrachtet werden dürfen. Erst wenn die notwendigen Rahmenbedingungen vorhanden sind, kann es eine reale Wahlfreiheit geben. Ohne sie könnten Faktoren wie das regionale Angebot und die Kosten für Kinderbetreuung sowie das Qualifikationsniveau und das am Arbeitsmarkt zu erzielenden Einkommen für die Wahl des langen oder eines kürzeren Kinderbetreuungsgeldes bestimmend werden.

Trotz hoher Ausgaben für Familien gibt es für die Förderung der partnerschaftlichen Aufteilung von Kinderbetreuung wenig Anreize. Dass mit finanziellen Anreizen die Väterbeteiligung erhöht werden kann, zeigen die neu eingeführten

9) BM für Gesundheit, Familie und Jugend, Kinderbetreuungsgeld – Statistik September 2009; insgesamt liegt der Väteranteil beim Kinderbetreuungsgeld bei 4 %.

Modelle beim Kinderbetreuungsgeld. Bei den Kurzvarianten zeichnet sich bereits eine stärkere Inanspruchnahme durch Väter ab. Wird der Männeranteil bei den drei Modellen im ersten Lebensjahr des Kindes verglichen, so liegt beim Modell mit 436 Euro monatlich die Väterbeteiligung bei einem Prozent, beim Modell mit 624 Euro bei 1,7 Prozent und beim Modell mit 800 Euro bei 4,8 Prozent.[9] Da Väter in den Bezug von Kinderbetreuungsgeld zumeist erst später einsteigen, sind die Werte im ersten Jahr zwar geringer, es zeichnet sich aber bereits jetzt ein Trend zu einer steigenden Väterbeteiligung bei den Kurzmodellen ab.

NACHHALTIGE STRATEGIE

Lange Zeit gab es für ein von SPÖ und Grünen gefordertes einkommensabhängiges Karenzgeld bzw. Kinderbetreuungsgeld keine Mehrheit im Parlament. Überraschend wurde Anfang September 2008 von der ÖVP (Staatssekretärin Christine Marek) ein Modell für die Erweiterung des Kinderbetreuungsgeldes um eine einkommensabhängige Komponente präsentiert. Demnach soll die bestehende Variante von 800 Euro durch ein Kinderbetreuungsgeld in Höhe von 80 Prozent des Nettoeinkommens mit einer Untergrenze von 1.000 und einer Obergrenze von 2.000 Euro netto monatlich bis zum 12. bzw. 14. Lebensmonat des Kindes ersetzt werden.

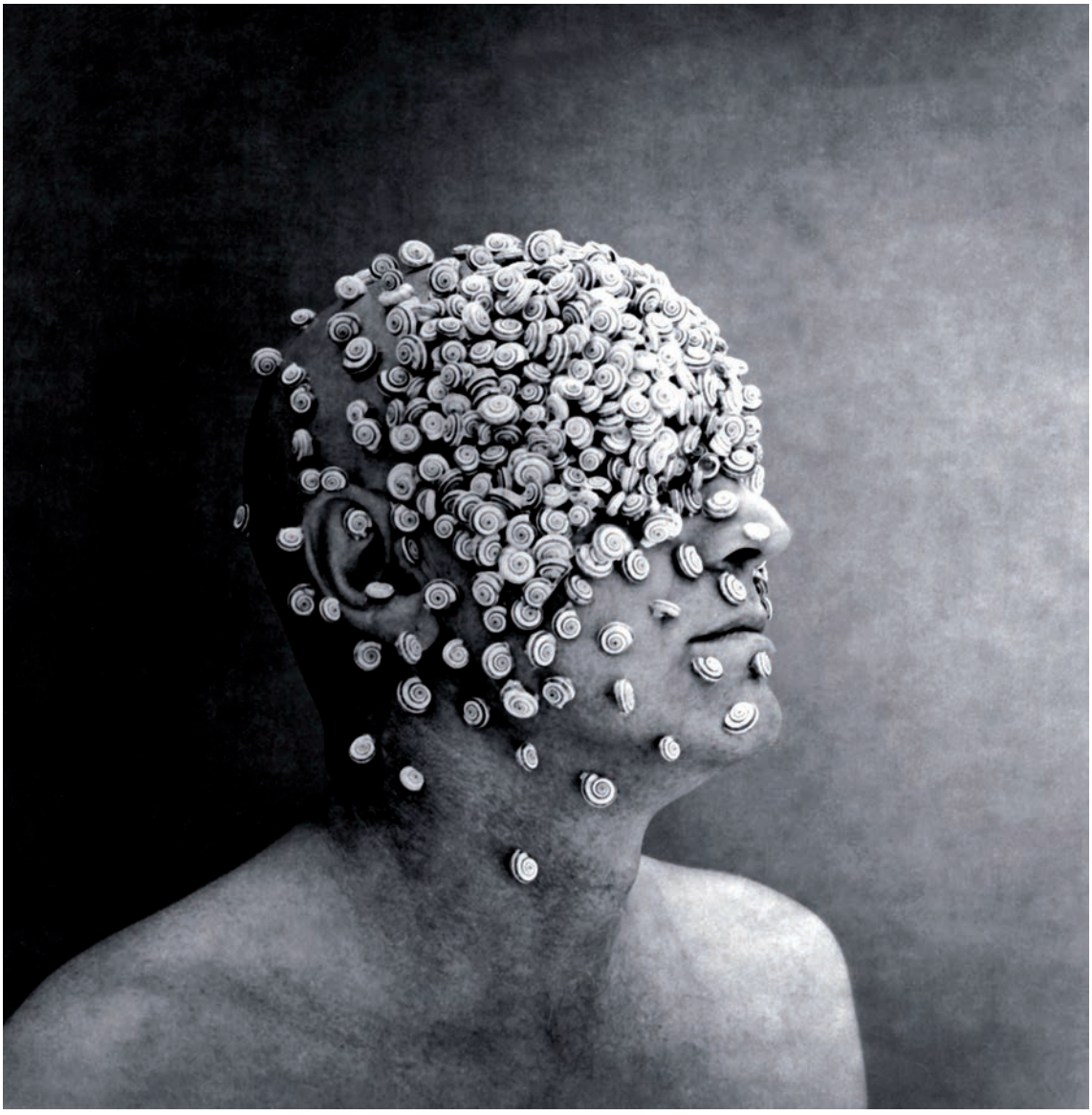
In der Folge wurde mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und Grünen ein parlamentarischer Entschließungsantrag angenommen, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, ein Konzept für ein einkommensabhängiges Kinderbetreuungsgeld vorzulegen. Von einem einkommensabhängigen Kinderbetreuungsgeld sind jedenfalls Anreize für die partnerschaftliche Aufteilung der Karenzzeit zu erwarten. Es sollte daher zu einer raschen Umsetzung kommen.

Vor allem in letzter Zeit wurde Familienpolitik auch ansatzweise aus dem Blickwinkel der Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern und dem Nützen des wirtschaftlichen Potentials von Frauen mit Kindern diskutiert. Dem kamen auch Befunde zugute, die deutlich machen, dass Frauen sich vor allem dann für Kinder entscheiden, wenn dies nicht mit Nachteilen verbunden ist. Gerade jene Länder, die der Vereinbarkeit von Beruf und Familie und der partnerschaftlichen Aufteilung Augenmerk schenken, können auf höhere Geburtenraten hinweisen. Dringend notwendig ist, dass in Österreich der Zick-Zack-Kurs in der Familienpolitik durch eine nachhaltige familienpolitische Strategie abgelöst wird.

Notwendig ist eine Familienpolitik, die nicht im Widerspruch zur Gleichstellung zwischen Frauen und Männern steht, notwendig ist eine Familienpolitik, die Väter aktiv einbindet und die in Qualität bei der Kinderbetreuung investiert und damit auf die Chancengleichheit künftiger Generationen setzt. ■

INGRID MORITZ
ist Leiterin der Abteilung Frauen und Familie in der Arbeiterkammer Wien.

Monat der Fotografie
BERLIN



ARTMBASSY BERLIN LO ZOO DELL'ANIMA/DER ZOO DER SEELE ROBERTO KUSTERLE, THE ARMONY'S VORTEX, 2002
© ROBERTO KUSTERLE

Die 16- und 17-Jährigen haben gewählt: aber wie?!

NATIONALRATSWAHL 2008 Was ist nur mit der Jugend los? Das rätseln viele seit dem 28. September, an dem erstmals auch schon 16- und 17-Jährige ihre Stimme abgeben konnten. Und in der Presse dominieren aufgeregte Spekulationen über deren Motive. Mit einem Blick auf die Ergebnisse einer aktuellen Jugendstudie des Renner-Instituts werden im Folgenden einige Diskussionsimpulse für eine notwendige Auseinandersetzung mit dem Thema Jugend und Politik formuliert.

Nach der Wahlrechtsreform 2007 konnten heuer bei der Nationalratswahl erstmals auch schon 16- und 17-Jährige ihre Stimme abgeben. Österreich ist damit bei der Senkung des Wahlalters Pionier in Europa. Der Urnengang wird in allen anderen EU-Staaten bei landesweiten Wahlen erst mit 18 Jahren gewährt.

Am 28. September waren rund 93.000 Jugendliche im Alter von 16 und 17 Jahren erstmals wahlberechtigt. Dazu kamen etwa 91.000 ErstwählerInnen, die bei den Wahlen 2006 noch nicht 18 Jahre alt waren. Insgesamt kann man also von ca. 184.000 ErstwählerInnen sprechen. Allzu viel Einfluss auf das Gesamtergebnis dürften sie nicht gehabt haben, machen sie doch nur knappe drei Prozent aller Wahlberechtigten aus. Demokratiepolitisch und mit Blick auf die Zukunft ist die Frage, wem diese Jugendlichen aus welchen Gründen ihre Stimme gegeben haben, aber natürlich höchst interessant.

Auf Basis einer von Fessel-GfK durchgeführten Wahltagsbefragung bei einer Gesamtstichprobe von 6.000 Personen wird vermutet, dass 44 Prozent der 16- bis 19-Jährigen der FPÖ ihre Stimme gegeben haben, 25 Prozent der ÖVP, 13 Prozent den Grünen, 10 Prozent der SPÖ, 3 Prozent dem BZÖ und 3 Prozent anderen Parteien. Ein Ergebnis, das aufhorchen lässt, aber das natürlich auch genau betrachtet werden muss. Als Hinweis darauf, mit wie viel Vorsicht solche Zahlen zu analysieren sind: Dasselbe Institut gab zur Frage vier Wochen vor der Wahl, wem die 16- bis 25-Jährigen ihre Stimme geben würden, den Grünen 22 bis 25 Prozent, der FPÖ 16 bis 18 Prozent der Stimmen.

Auf einer etwas größeren Stichprobe, nämlich 1.200 Personen, beruht eine im Auftrag des ORF von SORA durchgeführte Wahltagsbefragung. Darin sind allerdings die ErstwählerInnen nicht extra ausgewiesen. Unter dem Titel JungwählerInnen wird hier auf die unter 30-Jährigen Bezug genommen, also eine Gruppe, die die jugendlichen ErstwählerInnen ebenso umfasst wie junge Erwachsene, die mehrheitlich schon im Berufsleben stehen. Wahlsieger war bei dieser Befragung ebenfalls die FPÖ mit 25 Prozent der Stimmen. Es folgt die ÖVP mit 23 Prozent, die SPÖ mit 21 Prozent, die Grünen mit 14 Prozent, das BZÖ mit 13 Prozent und »andere« mit 4 Prozent. Zur selben Fragestellung kommt übrigens Fessel GfK zu deutlich abweichenden Ergebnissen: 33 Prozent FPÖ, 20 Prozent ÖVP, 14 Prozent SPÖ, 14 Prozent Grüne und 10 Prozent BZÖ.

DATENBASIS IST ZU DÜNN

Die großen Schwankungsbreiten sind leicht zu erklären. Die Datenbasis ist äußerst dünn. Auch bei relativ großen Stichproben aus der Gesamtbevölkerung sind nur sehr wenige ErstwählerInnen erfasst, machen diese ja nur einen kleinen Anteil der Wahlberechtigten aus. Gewiss ist allerdings das Faktum, dass am 28. September 2008 ein beträchtlicher Teil der Jugendlichen und jungen Erwachsenen FPÖ und BZÖ gewählt hat und dass es SPÖ, ÖVP und Grünen nicht gelungen ist, JungwählerInnen zu mobilisieren.

Über die Hintergründe und Motive wurde in den letzten Wochen viel geredet und geschrieben. »Jugend am rechten Rand« (Profil), »Dank ›Naddel-Faktor‹ zum Erfolg« (Kurier),

»Was hat Strache, was andere nicht haben?« (Die Presse)« oder »Rechte Jugend?« (News) – das waren einige der Schlagzeilen, die man lesen konnte. Die Kommentare sind aber über Befürchtungen, Vermutungen und Spekulationen zum Thema des Verhältnisses der Jugendlichen zur Politik im Allgemeinen wenig hinausgegangen. Und: Blickt man ein wenig zurück, dann ist der Trend der JungwählerInnen, rechtspopulistischen Parteien ihre Stimme zu geben gar nicht so neu wie es manche Kommentare nahelegen. Schon bei der Nationalratswahl 1999 erwies sich die FPÖ unter Jörg Haider als die stärkste Kraft bei den Unter-30-Jährigen. Sie wählten zu 35 Prozent die FPÖ. Damals konnte die SPÖ 25 Prozent, die ÖVP 17 Prozent der Unter-30-Jährigen für sich gewinnen.

WELCHE LEBENSWELTEN?

Es gibt also keinen Grund für überraschtes Erschrecken, sondern vielmehr für eine ernsthafte Auseinandersetzung damit, wie welche Gruppen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen wählen, vor welchen politischen und gesellschaftlichen Hintergründen sie das tun und welche Motive ausschlaggebend sind. So eine Auseinandersetzung muss erst einmal die richtigen Fragen formulieren. Etwa die Fragen danach, in welchen Lebenswelten unterschiedlichen Gruppen von Jugendlichen heute leben und welche gesellschaftlichen Spaltungen ihre Lebensverhältnisse prägen.

Welche Erfahrungen, welche Perspektiven, welche Ängste haben SchülerInnen, Lehrlinge, Burschen, Mädchen, MigrantInnen usw.? Wo und wie erleben sie Politik und politische Parteien? Wie informieren sich die unterschiedlichen Gruppen? Welche Haltungen übernehmen sie aus ihren Familien und wie drücken sie Protest aus? Was ist der Hintergrund für ihren vielfach diffusen Protest gegen das Politik-Establishment? Und welche Rolle spielen stilistische Elemente, was wird als schlichtweg *trendy* empfunden? Was sind die Themen, die Jugendliche konkret ansprechen? Und welche politischen Kommunikationsformen erreichen die unterschiedlichen Jugendkulturen überhaupt noch? Wichtig wäre es auch, einmal der Frage nachzugehen, was die Jugendlichen eigentlich meinen, wenn sie in allen Jugendstudien als mit Abstand wichtigstes politisches Ziel den Umweltschutz nennen. Oberflächlich betrachtet scheint es da ja immer weniger Übergänge zum Wahlverhalten zu geben.

Fragen wie diese gilt es jetzt ernsthafter als bisher anzugehen – nicht nur im parteipolitischen, sondern vielmehr auch im demokratiepolitischen Interesse. Nicht zu vergessen ist, was Barbara Coudenhove-Kalergi in ihrem Kommentar im Standard vom 8. Oktober so auf den Punkt gebracht hat: »Die Jungen, die am 28. September FPÖ und BZÖ gewählt haben, sind keine Nazis. Darüber sind sich alle Kommentatoren einig. Aber was sind sie dann? Protestler? Disco-Kids, denen Strache und sein Che-Guevara-Outfit cool vorkommen? Ahnungslose, denen nie jemand erklärt hat, was sie da tun? Jedenfalls Leute, die ›nichts dabei‹ finden, Rechtsradikale zu wählen. Finden wir mittlerweile womöglich alle nichts mehr dabei?«

Bei der Auseinandersetzung mit diesen Fragestellungen können Umfragen allein nicht weiterhelfen. Vielmehr geht es um darauf aufbauende qualitative und quantitative Forschungsarbeit und die Entwicklung politischer Schlussfolgerungen auf unterschiedlichsten Ebenen.

ÄNGSTE UND SORGEN

Einige Hinweise für die Richtung dieser Debatten können aus der Renner Institut-Jugendstudie 2008 herausgelesen werden. Diese Studie wurde vom IFES in Kooperation mit dem Politikwissenschafter Peter Filzmaier im Zeitraum Februar bis Juli 2008 durchgeführt. Mittels Telefoninterviews und Focusgruppen wurden Jugendliche zwischen 14 und 20 Jahren befragt. Die repräsentative Zufallsstichprobe aus ganz Österreich bestand aus 1.200 Personen. Die Themenstellung umfasste die Einstellungen der Jugendlichen zu und ihr Interesse an Politik, ihre Haltung zu Organisationen und öffentlichen Einrichtungen, ihre Sorgen und ihre Erwartungen und Aufgabenzuordnungen an die Politik.

RI-JUGENDSTUDIE, IFES 2008

CHART 1:

Frage: Ich lese Ihnen eine Reihe von denkbaren Entwicklungen vor, die von manchen Leuten befürchtet werden. Sagen Sie jedesmal, ob Sie das selbst auch sehr befürchten, etwas befürchten oder dies nicht für eine reale Bedrohung halten. (Basis: SPLIT A, n=654; SPLIT B, n= 645; in Prozent)

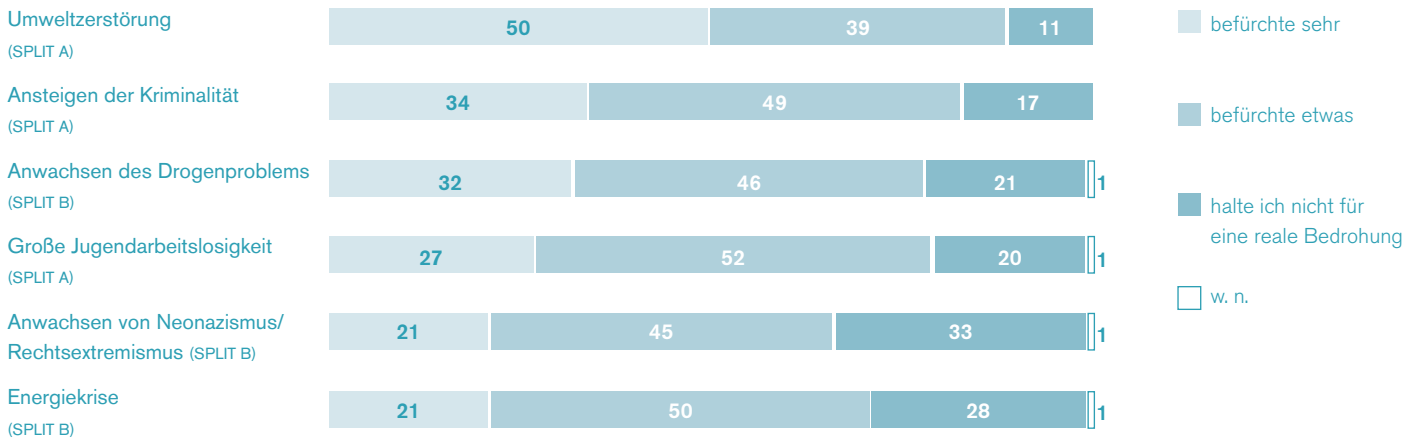


CHART 2:

Frage: Ich nenne Ihnen eine Liste mit politischen Zielen. Wählen Sie bitte zwei davon aus, die Ihnen am wichtigsten erscheinen (in Prozent).

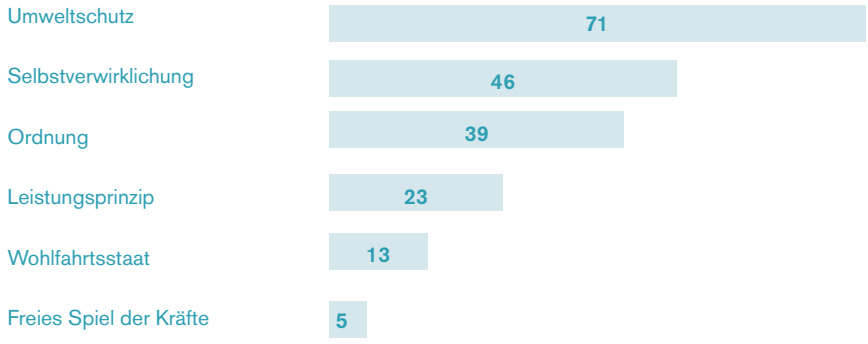
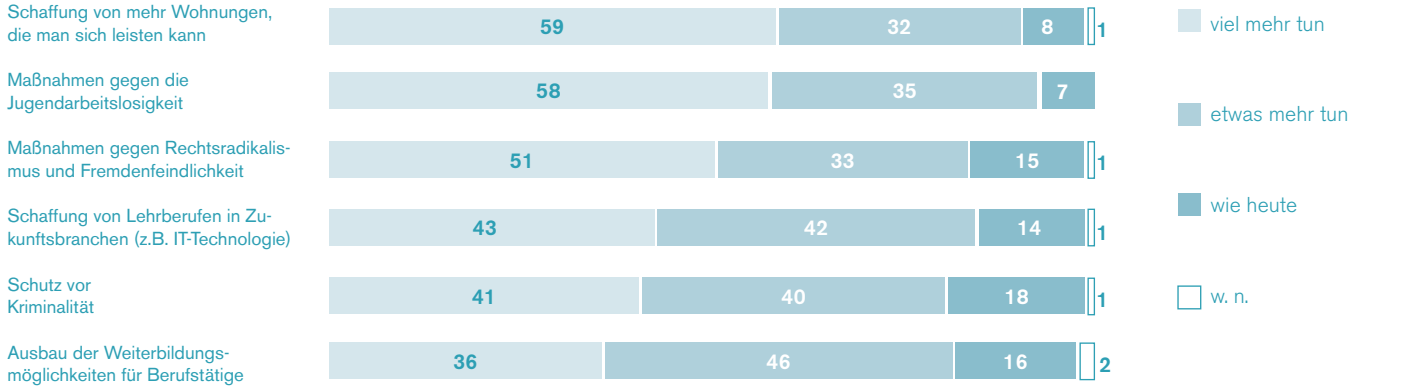


CHART 3:

Frage: Hier auf dieser Liste sind Anliegen und Aufgabenbereiche der Politik. Sagen Sie bitte, auf welchen Gebieten Ihrer Meinung nach in den nächsten Jahren viel mehr getan werden müsste, etwas mehr getan werden müsste oder wo nicht mehr als heute getan werden müsste (in Prozent).



Auffallend war unter anderem, dass die Jugendlichen einerseits ein sehr positives Lebensgefühl haben, aber gleichzeitig große Ängste und Sorgen haben. 94 Prozent der Befragten geben an, dass die Aussage »Kann das Leben richtig genießen« sehr oder etwas auf sie zutrifft. Gleichzeitig ist auch die Liste der Befürchtungen eindrucksvoll. 89 Prozent der Befragten geben an, sich (sehr oder etwas) vor den Folgen der Umweltzerstörung zu fürchten, 83 Prozent vor dem Ansteigen der Kriminalität, 78 Prozent vor dem Anwachsen des Drogenproblems, und 79 Prozent vor einer Jugendarbeitslosigkeit (Chart 1).

Als wichtigste politische Herausforderung nennen die Befragten den Umweltschutz (71 Prozent) gefolgt von »Selbstverwirklichung« (46 Prozent). Drittwichtigstes Thema ist aber überraschenderweise »Ordnung« (39 Prozent). Eine mögliche Erklärung dafür: Die Jugendlichen fürchten sich vor Umweltzerstörung, aber fast ebenso vor einem Ansteigen der Kriminalität und einem Anwachsen des Drogenproblems (Chart 2).

BEUNRUHIGENDE TENDENZEN

So unterschiedlich die kulturellen Szenen und Lebenswelten der Jugendlichen auch sind, so differenzierend hier auch analysiert werden muss, so sind auch in der Studie des Renner-Instituts einige demokratiepolitisch beunruhigende Tendenzen sichtbar geworden. Eine stattliche Anzahl der Befragten hat eine eher schlechte Meinung von der Regierung (35 Prozent), den Parteien (30 Prozent), der EU (27 Prozent) und dem Parlament (22 Prozent). 28 Prozent der Befragten geben an, dass er/sie sich manchmal einen starken Mann an der Staatsspitze wünschten, der die Dinge in die Hand nimmt. Und immerhin 26 Prozent stimmen der Aussage zu, dass sie »nicht wissen, wozu Politik gut sein soll«.

Zwar sind 85 Prozent der Befragten der Meinung, dass es wichtig ist, sich politisch zu beteiligen, gleichzeitig stimmen aber mehr als die Hälfte (56 Prozent) der Aussage mehr oder weniger stark zu, dass es auf ihr Leben nicht den geringsten Einfluss hat, welche Partei gerade an der Regierung ist. Und ganze 66 Prozent sind der Überzeugung, dass die Politiker sich nicht viel um das, was junge Leute denken, kümmern. Und jede/r fünfte meint, dass zu viel für die Integration von Ausländern getan wird.

FRISCHER WIND

Vor diesem Hintergrund mag es erschrecken, aber nicht verwundern, dass es rechtspopulistischen Parteien mit ihren simplen, radikalen Schuldzuweisungen und Rezepten im vergangenen Wahlkampf gelungen ist, jüngere Wählerschichten zu erreichen. »Bringt frischen Wind in die Politik« war schließlich laut SORA-Studie eines der Hauptmotive aller Altersgruppen dafür, ihre Stimme der FPÖ zu geben (65 Prozent). Das das BZÖ – oder besser: Jörg Haider – frischen Wind bringen, meinten sogar 67 Prozent.

Wie echter demokratiepolitischer »frischer Wind« für die Jugendlichen in die Pollitik zu bringen wäre, was sie sich konkret von Politik erhoffen – auch diesen Fragen ist die RI-Jugendstudie nachgegangen. Da geht es zum Beispiel um die Schaffung von mehr »Wohnungen, die man sich leisten kann«, um Maßnahmen gegen die Jugendarbeitslosigkeit ebenso wie um Maßnahmen gegen Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit und den Schutz vor Kriminalität (Chart 3).

Und auch Möglichkeiten der Verbesserung der Mitsprache der Jugendlichen werden angesprochen. Ganz eindeutig wird hier die Schaffung von Jugend-Ombudsleuten, an die sich jüngere BürgerInnen wenden können, in jedem Bundesland favorisiert. Und darüber hinaus werden viele sehr konkrete Ansatzpunkte dafür sichtbar, wie Politik wieder näher an Jugendliche herangeführt werden kann.

Eindeutig ist, dass dies ganz neuer Begrifflichkeiten und Herangehensweisen bedarf. So wird zum Beispiel klar, dass nur 13 Prozent der Befragten mit dem Begriff »Wohlfahrtsstaat« ein positives politisches Ziel verbinden. Gleichzeitig zeigt die

Studie aber auch, dass sozialdemokratische Werte »jugendlicher« sind denn je. Stimmen doch 85 Prozent der Befragten der Aussage »Für mich ist soziale Gerechtigkeit ein sehr wichtiger Wert« zu. Im Vergleich dazu ist die »Freiheit des Marktes« für ganze elf Prozent ein wichtiger Wert.

ERNSTHAFTE POLITISCHE DEBATTEN

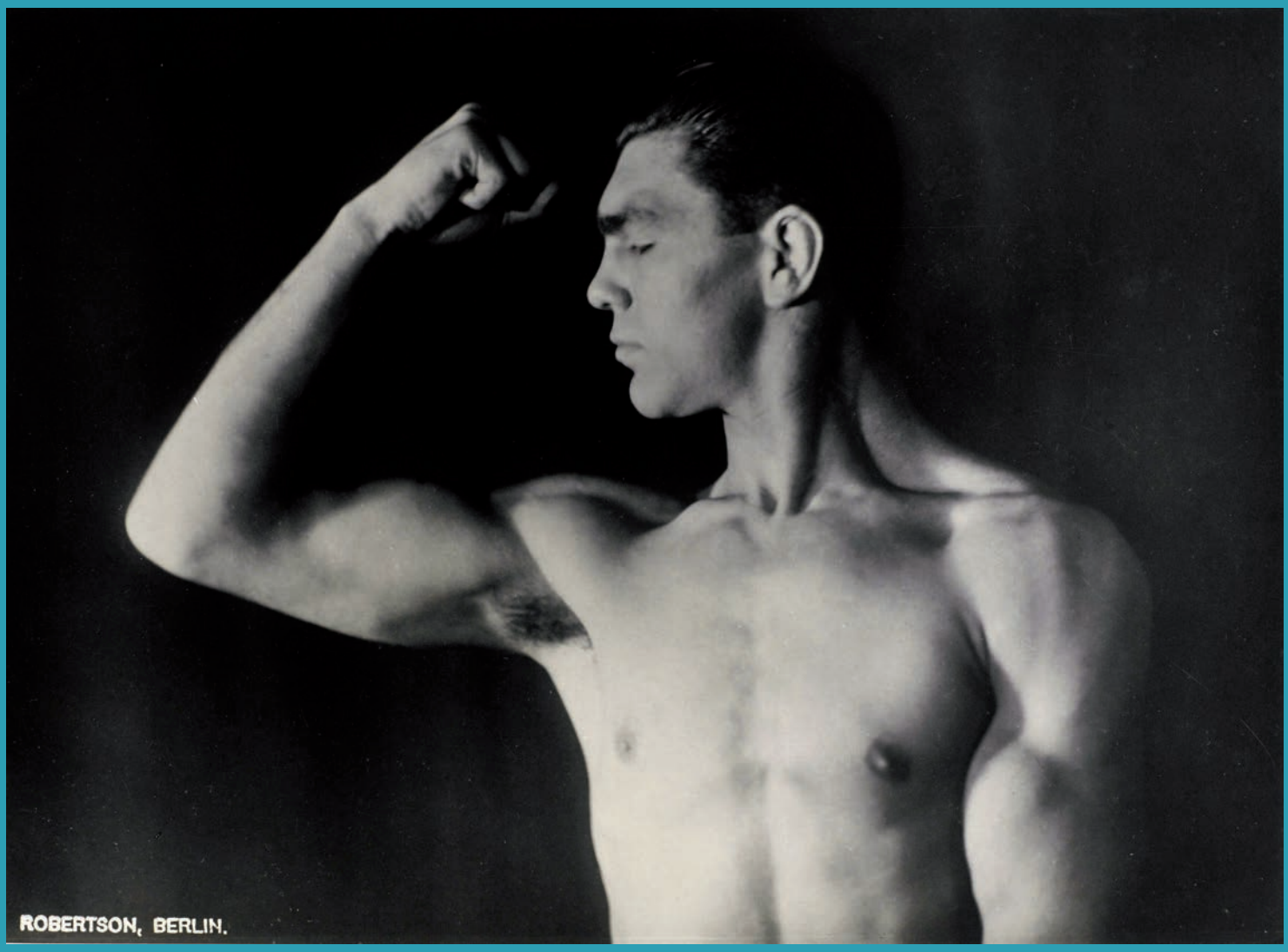
Nach dem ersten verständnislosen Köpfeschütteln über das Wahlverhalten der ErstwählerInnen sollten jetzt ernsthafte politische Debatten folgen und konkrete Schlüsse gezogen werden. Diese müssen über die üblichen, hauptsächlich der Selbstberuhigung dienenden Schlagworte, wie der immer wieder beschworenen »Intensivierung der politischen Bildung« oder der moderner klingenden »Rückeroberung der Discos« hinausgehen. Wenn sich nämlich eines mit Sicherheit sowohl aus Jugendstudien wie auch aus der Analyse der Wahlentscheidungen der 16- bis 18-Jährigen herauslesen lässt, dann dieses: Wir haben es nicht mit kurzfristigen Phänomenen, sondern mit tiefgreifenden Entwicklungen zu tun.

Die alltägliche Verunsicherung, von der Jugendliche bei ihrer Suche nach Identität naturgemäß in besonderem Ausmaß betroffen sind, wird erst vor dem Hintergrund verlorener traditioneller Gewissheiten in einer individualisierten Gesellschaft und vor dem Hintergrund einer globalisierten Gesellschaft, in der die persönlichen Lebensräume zunehmend multikulturell durchdrungen werden, verstehbar.

Sie spiegelt auch wider, dass jetzt eine mit vielen Freiheiten und Ansprüchen ausgestattete Jugendgeneration in eine inzwischen auch in Österreich deutlich segmentierte Drei-Drittel-Gesellschaft hineinwächst, in der sich ein stattlicher Anteil der Bevölkerung wenige Aufstiegschancen ausrechnet. Und sie wächst in eine Gesellschaft hinein, in der die etablierte Politik als ohnmächtig und abgehoben erlebt wird. Nicht zuletzt mögen sich all jene, die jetzt über die Geschichtsvergessenheit der Jugend jammern, daran erinnern, dass es konservative Politiker waren, die 1999 die rechtspopulistische FPÖ in die österreichische Regierung geholt und ihr zur vermeintlichen demokratischen Normalität verholfen haben.

Höchste Zeit also, Kreativität, Geld und Engagement in die Entwicklung von konkreten politischen Projekten zu investieren, die jungen Menschen signalisieren, dass ihre Ängste und Verunsicherungen ernst genommen werden. Voraussetzung für die Sinnhaftigkeit dieser Projekte ist die Bereitschaft, sich mit den unterschiedlichen Lebenswelten der Jugendlichen tatsächlich zu beschäftigen. Ihnen vorurteilsfrei zuzuhören ist der erste und wohl wichtigste Schritt. ■

DR.IN BARBARA ROSENBERG
ist Politikwissenschafterin und stv. Direktorin des Dr.-Karl-Renner-Instituts.



BERLINISCHE GALERIE HANS ROBERTSON – DIE BERLINER JAHRE. FOTOGRAFIEN 1926-1933 HANS ROBERTSON, MAX SCHMELING, 1926 HANS ROBERTSON, © DET KONGELIGE BIBLIOTEK, KOPENHAGEN

Zwischen Gottesstaat und Demokratie

POLITISCHER ISLAM Ferdinand Lacina über das von Thomas Schmidinger und Dunja Larise herausgegebene »Handbuch des politischen Islam«.

Bevor die Finanzkrise alle anderen Themen überschattete, hatte der islamische Fundamentalismus als Thema vieler Bücher Hochkonjunktur. Nun ist weder das Wissen über den politischen Islam in Österreich besonders verbreitet, der Diskussionsstand eher von Vorurteilen geprägt und die Information – gelinde gesagt – gefärbt. Man erinnere sich nur an die irreführende Interpretation einer Untersuchung über die Integrationswilligkeit von MuslimInnen in die österreichische Gesellschaft durch eine amtierende Innenministerin, die nur noch von den Fremdenfeindlichkeit und Rassismus als Wahlkampfmunition nutzenden Aussagen von BZÖ und FPÖ übertroffen wird.

Das von Thomas Schmidinger und Dunja Larise herausgegebene Handbuch des politischen Islam füllt daher eine Lücke. Eine der Stärken der Untersuchung ist darin zu finden, dass eine Reihe von AutorInnen mit Migrationshintergrund die Situation des politischen Islam in ihrem jeweiligen Herkunftsland wie auch die vielfältigen, nationalen wie religiösen, Unterschiede repräsentierenden Organisationen behandeln. Es ist ein Buch, dessen HerausgeberInnen und AutorInnen sich – wie anzunehmen ist: bewusst – zwischen die Stühle gesetzt haben.

Auf der einen Seite werden sie wohl von jenen kritisiert bis angefeindet werden, die einem romantisierenden »Multi-Kulti«-Verständnis huldigen. Für diese ist die kritische Beleuchtung von Gruppen, die dem politischen Islam zuzurechnen sind, geradezu denunziatorisch, spiele sie doch dem fremdenfeindlichen und rassistischen Vorurteil Material zu. Auf der anderen Seite wird das differenzierte Bild, das von den in Österreich lebenden MuslimInnen und ihren Verbänden entworfen wird, nicht den Geschmack jener treffen, die unser Land von einer Welle des Islamismus bedroht sehen. Ist doch eines der Ergebnisse der Untersuchung, dass die Mehrheit der MuslimInnen und ihrer Organisationen keineswegs diesem Bedrohungsszenario entspricht.

Am Rande sei vermerkt, dass das Buch auch jenes von Politikern immer wieder gezeichnete idyllische Bild korrigiert, dass Österreich geradezu ein Vorbild für Europa sei, was die Anerkennung der islamischen Religionsgemeinschaft betrifft, die im übrigen auf den unterentwickelten Imperialismus der Habsburger-Monarchie, auf die Annexion Bosnien-Herzegowinas, zurückgeht.

VERMEIDET KLISCHEES

Das vorgelegte Buch vermeidet Klischees, die die öffentliche Debatte beherrschen, wie beispielsweise den Begriff »Islamismus«. In lesbarer Weise wird versucht, das Konzept des politischen Islam wie auch die Geschichte dieser Religionsgemeinschaft in Österreich und den Konflikt zwischen Gottesstaat und säkularer, liberaler Demokratie darzustellen. Dabei wird nicht vergessen, dass der politische Islam keineswegs ein Monopol auf diesen Konflikt besitzt, wie die Vergangenheit und Gegenwart religiös-fundamentalistischer Gruppen christlicher Provenienz zeigt.

Mag auch die Kandidatur der »Christen« bei den jüngsten Nationalratswahlen eher als kabarettistische Einlage betrachtet werden, so sollte wohl die Wirksamkeit von fundamentalistischen Gruppen im Katholizismus wie auch von Evangelikalen nicht unterschätzt werden, denen nach wie vor der säkulare Staat ein Dorn im Auge ist. Toleriert er doch, dass in ihm auch BürgerInnen, die eine Zugehörigkeit zu jeglicher Religionsgemeinschaft ablehnen, Meinungsfreiheit genießen.

Thomas Schmidinger und Dunja Larise (Hrsg.)
ZWISCHEN GOTTESSTAAT UND DEMOKRATIE. HANDBUCH DES POLITISCHEN ISLAM
Deuticke, Wien 2008

Ein differenziertes Bild des Ursprungs und der Aktivität islamischer Organisationen entsteht durch die Erhellung des jeweiligen nationalen und religiösen Hintergrunds der verschiedenen MigrantInnen. In den einzelnen Kapiteln wird zunächst die Entstehungsgeschichte der unterschiedlichen Konzepte und Akteure in den Herkunftsländern beschrieben und in der Folge versucht, die Tätigkeit einzelner Gruppen und ihre Querverbindungen innerhalb und außerhalb Österreichs darzustellen.

HANDBUCH-CHARAKTER

Für LeserInnen, die nicht darauf erpicht sind, Spezialwissen über die zahlreichen Organisationen von MuslimInnen in Österreich zu erwerben, wird der Handbuch-Charakter der letztgenannten Teile des Buches wohl eher ermüdend wirken. Ihnen ist zu empfehlen, die eine oder andere Seite des Handbuchs zu überschlagen und ihre Lektüre auf die jeweiligen Einleitungen zu den Kapiteln über arabische, türkische, bosnische, ... Konzepte des politischen Islam zu konzentrieren.

Von Interesse ist jedoch auch das Kapitel über die offizielle Vertretung der MuslimInnen in Österreich, der Islamischen Glaubensgemeinschaft. Diskutiert wird unter anderem die Repräsentativität dieser Organisation, angesichts der Tatsache, dass der Anspruch, Sprachrohr der MuslimInnen in Österreich zu sein, sich nur auf eine kleine Minderheit stützen kann, die aktiv die Gestaltung dieser Körperschaft bestimmt. Dem gegenüber steht das Ergebnis einer im Buch zitierten Untersuchung, nach der nahezu die Hälfte der Jugendlichen mit islamischem Hintergrund, die aus der zweiten Generation der ZuwanderInnen stammt, die Islamische Glaubensgemeinschaft als offizielle Vertretung der MuslimInnen in Österreich anerkennt.

Die zum Großteil aus Familien von MigrantInnen stammenden AutorInnen wollen mit diesem Buch »einen Beitrag zur Etablierung eines offenen Islamverständnisses leisten, das Radikalismen und die Entsäkularisierung der österreichischen oder deutschen Gesellschaft ablehnt. Es soll Licht in das Halbdunkel von Vorurteilen und Ignoranz bringen«. Es ist ein mutiges Unterfangen, dem man nur Erfolg wünschen kann, angesichts einer öffentlichen Auseinandersetzung, die oft geprägt ist von AkteurInnen, sei es beispielsweise eine nunmehr als FPÖ-Nationalrätin fungierende Grazerin, sei es der eine oder andere Imam, die in ihrer Geisteshaltung weit vor der Aufklärung und der Deklaration der Menschenrechte angesiedelt sind. ■

DKFM. FERDINAND LACINA
war von 1982-1995 Mitglied der österreichischen Bundesregierung, ab 1986 als Finanzminister. Nach seinem Ausscheiden aus der Politik ist er im Bankensektor beruflich tätig und engagiert sich weiterhin aktiv am politischen Diskurs.

Widerstand, Verrat & Kriege

Wolfgang Neugebauer DER ÖSTERREICHISCHE WIDERSTAND

Der Autor war viele Jahre wissenschaftlicher Leiter des „Dokumentationsarchivs des österreichischen Widerstands“ und ist einer der besten Kenner der Materie. Er gibt einen Überblick über die Gruppierungen und Formen des österreichischen Widerstands gegen das NS-Regime zwischen 1938 und 1945. Biografische Exkurse, zahlreiche Faksimile, Quellentexte und Fotos ergänzen die Arbeit.

Edition Steinbauer, 286 Seiten, 22,50 Euro

Orlando Figes DIE FLÜSTERER

In seinem neuen Buch erzählt der englische Historiker Orlando Figes ergreifende Lebensschicksale während der schlimmsten Jahre der sowjetischen Unterdrückung. Es ist das breit angelegte Porträt einer Gesellschaft, in der jeder nur noch flüstert – entweder um sich und andere zu schützen oder um zu verraten. Es ist ein ebenso schonungsloser wie ergreifender Bericht.

Berlin Verlag, 1036 Seiten, 35,- Euro

Josef Stieglitz, Linda J. Bilmes DIE WAHREN KOSTEN DES KRIEGES

In seinem Buch enthüllt der Wirtschaftsnobelpreisträger Joseph Stiglitz gemeinsam mit Linda Bilmes die katastrophalen Folgen des Irak-Kriegs. Dabei deckt er nicht nur die ökonomischen Kosten für die USA und die Welt auf, sondern benennt auch erstmals die langfristigen politischen, sozialen und humanitären Auswirkungen, die erst in den nächsten Jahren und Jahrzehnten sichtbar werden.

Bertelsmann, 304 Seiten, 17,50 Euro

Matthias Rüb GOTT REGIERT AMERIKA

In keiner anderen westlichen Gesellschaft spielt die Religion eine so große Rolle in der Politik wie in der Supermacht USA. Laut Umfragen finden es fast sechzig Prozent der Amerikaner wichtig, dass ihr Präsident an Gott glaubt. Darüber hinaus sind Kirchen und Sekten ein bedeutender Geschäftszweig. Besonderes Gewicht legt er auf die evangelikalen Mega-Kirchen mit ihren charismatischen Predigern.

Zsolnay Verlag, 207 Seiten, 18,40 Euro

Helmut Schmidt AUSSER DIENST

Der deutsche Alt-Bundeskanzler beschreibt die umwälzenden historischen Entwicklungen seit dem Ende des Kalten Kriegs nach seinem Ausscheiden aus dem Kanzleramt. Er macht sich Gedanken über die gegenwärtige Politik und die Zukunft Deutschlands, und er spricht über sehr Persönliches: über prägende Kriegserfahrungen, über eigene Fehler und Versäumnisse, seinen Glauben und das Lebensende.

Siedler Verlag, 350 Seiten, 23,60 Euro

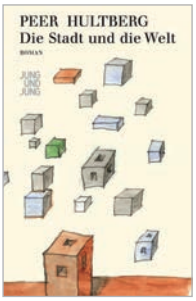
Gustav Seibt GOETHE UND NAPOLEON

Gustav Seibt schildert in seinem historischen Essay die Geschichte dieser Begegnung zweier bedeutender Menschen im September 1808 und entfaltet zugleich ein Panorama der napoleonischen Epoche. Er erzählt unverstaubt lebendig mit detektivischer Akribie, zeichnet den kulturellen und politischen Rahmen nachzeichnet und geht den Spuren in Goethes Denken nach.

C.H. Beck, 287 Seiten, 20,50 Euro

Alle Bücher sind auch in der **Buchhandlung Löwelstraße**
(1014 Wien, Löwelstraße 18; buchhandlung@spoe.at) erhältlich.

Viborg & sowjetische Schweiz



Peer Hultberg
DIE STADT UND DIE WELT

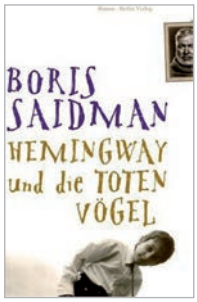
Zu entdecken gibt es einen großen dänischen Schriftsteller. Hier erzählt er von Menschen aus Viborg in Dänemark. Er berichtet, plaudert, deckt auf, schildert und zeigt den Eigensinn, die Wünsche, Vergeblichkeiten und manchmal auch Triumphe jedes einzelnen. Mit diesem frühen Roman beweist der Autor – er verstarb im Dezember letzten Jahres –, wie großartig er schreiben konnte.
Verlag Jung und Jung, 477 Seiten, 32,- Euro

Christian Kracht
ICH WERDE HIER SEIN

… im Sonnenschein und im Schatten. Das ist die Fiktion eines anderen Verlaufs der Geschichte seit 1914. Wir befinden uns mitten in einem hundertjährigen Weltkrieg. Das faschistische Deutschland kämpft gegen die Sowjetische Republik Schweiz, die 1917 vom Revolutionär Lenin begründet worden war. Der Held ist ein schwarzer Politkommissar, der hinter einem Konterrevolutionär her ist.
Kiepenheuer & Witsch, 148 Seiten, 17,50 Euro

Volker Braun
MACHWERK ODER

… Das Schichtbuch des Flick von Lauchhammer. In einer Welt ohne Arbeit will Meister Flick arbeiten. Bereitwillig übernimmt er jeden Auftrag: Abfallbeseitigung in den Gruben, Museumswärter und sonstige 1-Euro-Jobs. Wird er nicht vermittelt, beschäftigt er sich selbst und nimmt einem Bautrupp die Schaufeln ab, setzt bestreikte Werkhallen in Gang oder hilft einer Frau beim Sterben.
Suhrkamp, 221 Seiten, 20,40 Euro



Boris Saidman
HEMINGWAY UND

… die toten Vögel. In diesem Auswanderroman geht es um die Erlebnisse von Tal Schani, der als kleiner Bub mit seinen Eltern aus der Ukraine nach Israel kam. Jetzt ist er Anfang dreißig, lebt in Tel Aviv und fühlt sich wie ein ganz normaler Israeli. Das ändert sich schlagartig, als er zu einem Festival israelischer Kultur in seine frühere Heimat eingeladen wird. Aus Tal wird wieder Tolik Schnajderman.
Berlin Verlag, 238 Seiten, 20,50 Euro

Carlos Fuentes
ALLE GLÜCKLICHEN FAMILIEN

Es sind keine glücklichen mexikanischen Familien, die uns Carlos Fuentes hier zeigt. Sechzehn familiäre Tragödien, die von verletzten Gefühlen und gekränkter Liebe erzählen, von Neid und Hass. Eine Frau wird von ihrem Mann gequält, ein Sohn rebelliert gegen seinen übermächtigen Vater, eine Mutter schreibt dem Mörder ihrer Tochter ins Gefängnis. Fuentes gibt diesen Stummen eine Stimme.
S. Fischer, 432 Seiten, 23,60 Euro

Isaac Rosa
DAS LEBEN IN ROT

Der Universitätsprofessor Julio Denis und der Student Andrés Sanchez geraten ins Visier des spanischen Geheimdienstes, sie werden verhaftet und verschwinden spurlos. Weder bei der Polizei noch bei anderen offiziellen Stellen finden sich Unterlagen, die Auskunft geben über das Schicksal der beiden. Immer widersprüchlichere Tatsachen über den seltsamen Professor Denis kommen ans Licht.
Frankfurter Verlagsanstalt, 347 Seiten, 23,60 Euro

Steuersenkung ade?

Der/die Finanzminister/in der neu zu bildenden Bundesregierung ist nicht zu beneiden. Der Job wird zwar spannend, vor allem aber äußerst schwierig. Unmittelbar muss in Zusammenarbeit mit den anderen EU-Regierungen und den Zentralbanken das Finanzsystem stabilisiert werden, indem den soliden europäischen Banken zusätzliches Eigenkapital bereitgestellt wird. Gleichzeitig gilt es, den Finanzsektor strenger und besser zu regulieren, damit die spekulativen Übertreibungen, die zu dem Schlamassel geführt haben, in Zukunft eingedämmt werden. Simple Blaupausen existieren nicht, die konkreten Regelungen sind mühsame, aber wichtige Detailarbeit.

Aber auch in Österreich selbst wartet viel Arbeit, denn die verbreitete Annahme, dass die heimischen Banken wegen ihrer engen Geschäftsbeziehungen mit Mittel- und Osteuropa nicht in eine Solvenzkrise geraten, könnte sich angesichts des starken Anstiegs der Verschuldung der privaten Haushalte und der übermäßigen Importüberschüsse in diesen Ländern als zu optimistisch erweisen.

Doch selbst wenn die Banken mit einem blauen Auge davon kommen, ist der österreichische Staatshaushalt erheblich belastet. Denn die internationale Finanzkrise verschärft den Konjunkturabschwung. Eine Rezession, verbunden mit einem drastischen Anstieg der Zahl der Arbeitslosen, ist nun auch in Österreich wahrscheinlicher geworden.

Wenn Produktion und Beschäftigung, Einkommen und privater Verbrauch nicht mehr zunehmen und die Arbeitslosigkeit steigt, dann sinken die Staatseinnahmen und die Ausgaben erhöhen sich. Allein diese automatischen Konjunkturwirkungen werden das Budgetdefizit im kommenden Jahr auf deutlich über drei Milliarden Euro treiben. Dazu kommen kurzfristig die Kosten der notwendigen antizyklischen Maßnahmen, die den Anstieg der Arbeitslosigkeit dämpfen sollen.

Im Mittelpunkt sollte eine Abgabensenkung für Bezieher kleiner Einkommen, die sofortige Umsetzung der bedarfsorientierten Mindestsicherung und die Anhebung der Arbeitslosengelder stehen. Zudem sollten Investitionen, etwa in die Kinderbetreuung für die Zwei- bis Dreijährigen und die bessere Integration von Kindern mit Migrationshintergrund, vorgezogen werden. Dafür könnte man mindestens eine Milliarde Euro aufwenden.

Die Kosten von Konjunkturabschwung und Gegenmaßnahmen verringern den Spielraum für die ursprünglich vorgesehene Steuersenkung im Ausmaß von drei Milliarden Euro deutlich, wenn das Defizit nicht in die Nähe von drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts steigen soll. Eine generelle Steuersenkung wäre allerdings ohnehin nicht nur teuer, sondern auch konjunkturpolitisch wenig angemessen. 87 Prozent des Lohn- und Einkommensteueraufkommens kommen vom oberen Einkommensdrittel (Bruttoeinkommen von über 2.700 Euro pro Monat), mit sehr niedriger Konsumneigung. Eine Steuersenkung würde verpuffen, ohne die Konjunktur zu stützen.

Die Kosten der Rezession und der wünschenswerten Entlastung des Faktors Arbeit sind nur dann zu bewältigen, wenn die Steuern auf Vermögen und Vermögenseinkommen erhöht werden. Eine Anhebung der Grundsteuer wäre ebenso sinnvoll wie die (Wieder-) Einführung einer reformierten Erbschaftssteuer und einer Vermögenszuwachssteuer sowie die Erhöhung der Kapitalertragssteuer auf Zinsen und Dividenden. Die Erhöhung von vermögensbezogenen Steuern könnten mittelfristig Mehreinnahmen von zumindest zwei Milliarden Euro bringen und dabei vor allem jene sozialen Schichten belasten, die vom Boom der letzten Jahre besonders profitiert haben. ■

MARKUS MARTERBAUER
arbeitet als Wirtschaftsforscher in Wien.

»Das meiste ist noch nicht getan – wunderbare Zukunft!«

ZUKUNFT ABONNEMENT

Kupon ausschneiden & einsenden an:
Verlag der SPÖ GmbH
Löwelstraße 18
1014 Wien

Ich bestelle
- ○ ein **ZUKUNFT**-Schnupperabo (3 Hefte) um 8,- Euro
- ○ ein **ZUKUNFT**-Jahresabo (11 Hefte) um 44,- Euro

Name: _____

Straße: _____

Ort/PLZ: _____

Tel.: _____

E-Mail: _____ **Unterschrift:** _____

Ausgezeichnet mit dem

EXPORT PREIS 2008

NOVOMATIC
GROUP OF COMPANIES

Solide Schale, **kluger** Kern.

Nur in der gesunden Schale eines wirtschaftlich erfolgreichen Unternehmens kann ein Kern bestens ausgebildeter Spitzenkräfte an seinen Aufgaben wachsen. Solchermaßen solide gerüstet, baut unsere Unternehmensgruppe mit weltweit mehr als 12.000 Mitarbeitern ihre Stellung als eines der führenden Technologieunternehmen Österreichs kontinuierlich aus.

Beste Arbeitsbedingungen mit internationalen Aufstiegschancen motivieren auch die über 2.300 heimischen MitarbeiterInnen von Novomatic, in unterschiedlichsten Märkten sehr flexibel manch harte Nuß zu knacken. Die Verleihung des österreichischen Exportpreises 2008* unterstreicht erneut das Potential und die Leistungsfähigkeit der Gruppe als Europas größter integrierter Glücksspielkonzern.

*) verliehen vom Bundesministerium für Wirtschaft & Arbeit und der Wirtschaftskammer Österreich für außerordentliche Erfolge auf Auslandsmärkten

WWW.NOVOMATIC.COM

©IDCOM